

Arbeit und Ausbildung



Erst noch den Sommer genießen – möglichst ohne ozonbedingten Reizhusten –, dann beginnt für viele ein neuer Lebensabschnitt: Berufsausbildung, Übernahme im erlernten Beruf, weiterführende Schule oder Studium. Der „Standort Deutschland“ braucht die Fachkräfte, sagen der Kanzler und die Wirtschaftsverbände.

Irrtum. Denn in der beruflichen und allgemeinen Bildung geht der Abbau im verschärften Tempo weiter. In Westdeutschland ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 60 000 (11,4 Prozent) zurückgegangen, im Osten um 147, allerdings ist die Ausgangslage dort viel schlechter.

Bundesweit fehlen nach Schätzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes dieses Jahr 50 000 Ausbildungsplätze. Doch viel mehr Jugendliche werden leer ausgehen, denn Überhänge in Bayern gleichen die Ausbildungskatastrophen im Osten,

Norden und im Ruhrgebiet nicht aus.

Der öffentliche Dienst geht beim Lehrstellen-Kahlschlag mit bestem Beispiel voran: In einem Jahr wurden die Ausbildungsplätze um 30 Prozent abgebaut!

Die ehemals öffentlich und jetzt privatisierte Telekom schießt dabei den Vogel ab. Maik Klotz, Jugend- und Azubi-Vertreter aus Siegen, berichtet: „Von 600 Verkürzern – Azubis, die wegen guter Leistungen die Abschlussprüfung vorziehen – werden bundesweit nur 200 übernommen. Die Ausbildung bei der Telekom wird 1995 in fast allen Bereichen eingestellt. Statt auszubilden wird rausgeschmissen. Da die Azubis nach der Ausbildung nicht ohne Arbeit sein sollen – das wäre schlecht fürs Image – bezahlt die Telekom jedem Handwerksbetrieb 15 000 DM 'Kopfgeld', wenn er einen ausgebildeten Kommunikationselektroniker übernimmt.“

Damit wird den Jugendlichen,

die nicht bei der Telekom gelernt haben, die Chance genommen, in solchen Betrieben unterzukommen. Welches kleinere Unternehmen wird seinem Azubi eine 'Mütze' mitgeben, um ihn bei einem anderen Betrieb unterzubringen?“

Schul-Notstand

Auch in Schule und Universität wird die Lage schlechter. Einsparungen an den Schulen führen zu verfallenden Schulgebäuden, überalterten Lehrkörpern und dazu, daß Schüler und ihre Eltern immer mehr – von Kopien zu Büchern – selbst bezahlen müssen. Nachhilfe wird zur Überlebenshilfe für viele SchülerInnen. Für Kinder aus Arbeiterfamilien wird es immer schwerer, mitzuhalten, der verstärkte finanzielle Druck macht Abitur und Studium wieder mehr zu einer Angelegenheit der „Besserverdienenden“.

Die CDU will zum großen Halali auf Studenten zu blasen: Das – ohnehin schon mickrige –

Bafög soll auf Voll-Darlehen mit Zinsen umgestellt werden. Studierende aus armen Familien können sich damit gleich von der Uni verabschieden.

Das sind keine Betriebsunfälle. Die rechten Politiker wollen im Auftrag der Unternehmer das Bildungssystem nach deren Interessen verändern: Ja, Akademiker und Fachkräfte werden gebraucht, aber nicht so viele. Der Rest soll sich mit einer

zweckmäßigen Spar-Ausbildung begnügen. Wer nicht so hoch qualifiziert ist, der stelle auch nicht so hohe Ansprüche, der gibt sich leichter mit Gelegenheitsjobs und „Einstiegsgehältern“. Der Sinn der Bildungskürzungen: „Und willst Du nicht blöd bleiben, dann zwinge ich Dich dazu!“

Wer meint, das wäre zwar tragisch, aber für soviel Bildung wäre kein Geld da, werfe einmal

einen Blick auf den neuesten Beschluß des Bundestags-Haushaltsausschusses: Die Nachfinanzierung des „Eurofighters 2000“ wurde verabschiedet, für Entwicklung und Kauf von 140 Kampfflugzeugen hat die Regierung 24,5 Milliarden DM bereitgestellt, neue U-Boote kosten 2,5 Milliarden, 547 Millionen werden für die Vorbereitung eines neuen Kampfhubschraubers verbraten. ■

Vorfahrt für Bus und Bahn

Stop Sommersmog

Blauer Himmel, strahlender Sonnenschein – bloß nicht die Kinder nach draußen lassen. Keine Horrorvision aus dem Kino sondern Realität im Sommer 1995. Und was empfiehlt die Regierung? Massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Fahrpreissenkungen um das Umsteigen attraktiver zu machen? Stopp des Autobahnbauprogramms und stattdessen Güter und LKWs auf die Schiene? Nichts dergleichen.

Georg Kümmel, Köln

Jeder weiß: das Auto ist Luftverschmutzer Nr. 1. Und was sollen wir laut Bundesregierung gegen Luftverschmutzung tun? – neue Autos kaufen. Neue Autos mit Kat auf die Straßen, ansonsten kann alles bleiben wie gehabt. Die automobile Gesellschaft ist in der Krise und wer soll uns retten? Die Automobilindustrie.

Dieselbe Automobilindustrie, die mit ihren Lobbyisten in den Parlamenten erfolgreich für mehr Autoverkehr kämpft. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland Verkehrspolitik für das

Auto gemacht. Immer mehr und immer breitere Straßen, neue Parkhäuser und immer mehr Autobahnen. Und gegen notorische Bahnfahrer wußte man sich zu helfen: Eisenbahnstrecken wurden stillgelegt, Straßenbahnschienen in den Städten zugeleert und Bahnhöfe geschlossen. Die gesamte Infrastruktur des Landes wurde auf das Auto zugeschnitten. In Ostdeutschland wurde in wenigen Jahren auf diesem Gebiet nachgeholt was in der DDR „versäumt“ worden war.

Ein Großteil der Privatwirtschaft macht ihre Gewinne mit dem Auto. Die Autohersteller selber, die Ölkonzerne, Banken und Versicherungen, Straßenbaufirmen, Zulieferindustrie, Zubehörhandel, Werbefirmen.

Diese Konzerne und deren verlängerte Arme namens Abgeordnete und Verkehrsminister laten alles um das Auto unentbehrlich zu machen. Verkehrsunfälle, Verkehrstote, Staus, stinkende Abgase, Lärm und „Sommersmog“ sind die Folge. Und wer ist Schuld daran? Die Automobilindustrie samt Anhang? Nein – der Autofahrer, der

Mensch an sich, der aus unerfindlichen Gründen angeblich nichts lieber tut, als bei 30 Grad im Schatten samt plärrenden Kindern im Stau zu stehen. Dieser grandiose Blödsinn wird uns jeden Tag in ZeitungsKommentaren und Stellungnahmen von Politikern eingehämmert. Und während so dem einzelnen Autofahrer die Schuld zugeschoben wird, werden neue Autobahnen gebaut und geplant und die Preise bei Bus und Bahn regelmäßig angehoben.

LKW-Verkehr

Diese Regierung ist nicht bereit, den Kurs ihrer Verkehrspolitik zu ändern, weil die Automobilindustrie nicht dazu bereit ist. Wir wissen, daß es zu viele Autos geben wird, wir wissen aber auch, daß es zu wenige BMW sein werden“ faßte vor Jahren der damalige BMW-Chef die Profitlogik zusammen. Mit anderen Worten: Egal, ob Kinder unter dem Abgasnief und Ozon leiden, solange unsere Profite stimmen sind wir zufrieden.

Fortsetzung auf Seite 3



Januar 1994 kämpften Telekom-Azubis mit Besetzung der Ausbildungsstätten für ihre Übernahme

Große Koalition in Bremen

„Wir haben uns geeinigt, Bremen wird in den nächsten Jahren von einer Großen Koalition regiert“, sprach der neue Regierungschef Henning Scherf (SPD) zur Presse.

**Martin Korte,
Bremerhaven**

Die SPD-Führer kommen nicht auf die Idee, gemeinsam mit anderen SPD-regierten Kommunen den Widerstand gegen die seit 13 Jahren regierende Kohl-Regierung zu organisieren. Stattdessen bürden sie uns gemeinsam mit der CDU ein „Sanierungsprogramm“ auf.

Ein brutales Angriffspaket: 10 Prozent werden pauschal vom 800-Millionen-Etat für soziale und kulturelle Einrichtungen gekürzt. Bei den Kita-Gebühren ist eine Verdoppelung des Höchstsatzes – von 450 auf 900 DM – in der Diskussion.

Ausgenommen von Kürzungen sind nur die Privatschulen. Dafür müssen die öffentlichen Schulen 3 Millionen DM mehr einsparen. Im öffentlichen Dienst soll es Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Flexibilisierung geben, jedes Jahr sollen dort 500 Stellen eingespart werden. Was nicht niert und nagelfest ist, wird privatisiert: Die Bremer Stadtwerke werden an die Atommafia verkauft, der profitträchtige OP-Trakt eines Krankenhauses wird

SPD-Bürgermeister, CDU-Politik



„Es gibt doch nicht nur die Werften“, so Henning Scherf auf unsere Nachfrage beim SPD-Parteitag Bremerhaven. Das „Sanierungsprogramm“ der großen Koalition ist eine Kriegserklärung an alle Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner.

Links CDU-Chef Nölle, rechts sein Kollege Scherf von der SPD.



privatisiert und vor allem wird die landeseigene Wohnungsgesellschaft Gewoba in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, 49,8 Prozent der Aktien sollen sofort den Miethaien zum Fraß vorgeworfen werden. Später könnte auch die Bremerhavener Stawog dieses Schicksal ereilen. Ein Unternehmer, der groß einsteigen will, sagte, daß es noch „großes Erhöhungspotential“

bei den Mieten in Bremen und Bremerhaven gäbe.

Stadt wird plattgemacht

Die Großen Koalitionäre deuten an, daß sie bereit sind, der Stadt Bremerhaven endgültig das industrielle Rückgrat zu brechen und die letzten Werften zu schließen und 3000 Arbeitsplätze zu vernichten. Priorität

vor Investitionen in den Werftbereich hätte das Tourismusprojekt „Ocean Park“ – aber selbst da sind sich die Krisenverwalter nicht mehr sicher. Scherf: „Wenn kein Risikokapital aus den USA kommt, werden wir auch keine öffentlichen Gelder hineinstecken.“ Kluppe zu, Affe tot. Bei jetzt 18 Prozent offizieller Arbeitslosigkeit und 13 000 Sozialhilfeempfängern

ist immer noch nicht Schluß, wenn es nach den hohen Herren in Bremen geht.

Diese CDU-Regierung mit SPD-Tarnung – die CDU besetzt alle zentralen Bereiche: Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Verkehr und Stadtentwicklung – hat keine lange Schonfrist bei den Bürgern. Einige mögen heute noch denken, daß wegen dem „direkten Draht der CDU

nach Bonn“ mehr Geld fließt. Sie werden schnell enttäuscht werden. Bremen und Bremerhaven werden zum Testfeld harter sozialer Angriffe und zum „Vorbild“ für Kahlschlag für das ganze Land.

Keine der offiziellen Parteien organisiert die Gegenwehr. Die SPD hat sich politisch schon fast mit der CDU verschmolzen. Die Basis ist demoralisiert oder angepaßt, es gibt keinen offenen Widerstand gegen Scherf und Co. Die Grünen sind eine sehr zahme Opposition, die nur redet.

Die Sozialistische Alternative – SAV wird zusammen mit den Betroffenen den Widerstand gegen diese Schweinereien organisieren. Wir schaffen eine große Koalition von unten gegen die Große Koalition von oben. Die SAV steht für den Kampf gegen sämtliche Kürzungen und Privatisierungen, für eine Ausweitung von Sozialleistungen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wenn das Land Bremen das aus dem derzeitigen Haushalt nicht bezahlen kann, muß ein Kampf gegen die Kohl-Regierung geführt werden, um das Geld, das Bonn den Kommunen gestohlen hat zurückzuholen. Wir bauen mit der SAV eine neue Partei der Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Schwachen auf. ■

Vom Baugesetzbuch zum Klassenkampf

Wie sich die Kommunen zur Wehr setzen können

In der brandenburgischen Ortschaft Götz steht das Rathaus zum Verkauf. Über den Verkauf entscheiden wird aber nicht das gewählte Stadtparlament, sondern ein Mann namens Hans-Joachim Fricke. Dieser ist Zwangsverwalter der 1000-Einwohner-Gemeinde Götz – Götz ist pleite.

Sascha Stanicic, Köln

Damit ist die erste ostdeutsche Gemeinde durch die Folgen der deutschen Vereinigung und dem Glauben an blühende Landschaften zusammengebrochen. Weimar, das sich 1999 zur Kulturhauptstadt Europas küren lassen will, könnte als Pleitehauptstadt enden.

Auch im Westen heißt kommunale Selbstverwaltung nur noch Krisenverwaltung. In Kassel wurde der Haushalt der Stadt vom Regierungspräsidenten nicht genehmigt. Folgen in Kassel und überall: Der Rotstift regiert. Eine Stadt nach der anderen beschließt Spar- und Kürzungsprogramme. Opfer dieser Kürzungsorgien sind Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, alleinerziehende Mütter, Jugendliche, RentnerInnen.

Stadtväter und -mütter weisen auf „Sachzwänge“ hin. Oberflächlich betrachtet haben sie Recht: die Einnahmen der Gemeinden sind in den letzten Jahren um 4,4 Milliarden DM gesunken und gleichzeitig wachsend die Belastungen. Die Ausgaben für Sozialhilfe sind zwischen 1983 und 1993 von 17,6 Milliarden auf 48,9 Milliarden DM gestiegen.

Nix als kürzen?

Haben die Kommunen also keine Alternative zur Sparpolitik? Auf einer Tagung von PDS-KommunalpolitikerInnen sagte Michael Harcks, PDS-Bürgermeister aus Hanshagen, zu seinen Herausforderungen in der Kommunalpolitik: „Da nutzt mir keine lange Diskussion über

den Klassenkampf, sondern eher ein Kommentar zum § 33 des Baugesetzes.“ Doch genau das Gegenteil ist der Fall: hinter der Krise der kommunalen Haushalte steckt eine massive Umverteilung von unten nach oben – von der arbeitenden und arbeitslosen Klasse zur besitzenden Klasse, den Kapitalisten. Die Unternehmer haben massive Steuergeschenke bekommen, die Profite sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen (1995 voraussichtlich um 150 Prozent).

Die bundesweite Finanzmisere wird von der Kohl-Regierung an die Kommunen weitergegeben. So sind die Einnahmen des Bundes zum Beispiel in den letzten fünf Jahren um 187 Milliarden gestiegen.

Kämpfen ist deshalb die einzige Antwort, die es auf die Finanzkrise geben kann. Der Kampf muß gegen die Umverteilungspolitik der Bundesregierung und gegen die steuerhinterziehenden Großkonzerne geführt werden.

Die einzige Möglichkeit der Kommunen ihre Einnahmen selbständig und legal zu steigern, besteht in der Erhöhung der Gewerbesteuer oder in Privatisierungen und Gebührenerhöhungen. Gebühren werden munter Tag für Tag erhöht, denn dabei muß die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung draufzahlen. Die Privatisierungswelle ist in vollem Gange, auch hierbei zahlen die Beschäftigten und VerbraucherInnen.

Die Gewerbesteuer soll nach dem Willen der Bundesregierung aber abgeschafft werden, denn sie trifft nur die Unternehmer. Statt Abschaffung der Gewerbesteuer fordert die SAV deren deutliche Erhöhung.

Kampf ausweiten

Eine drastische Erhöhung der Gewerbesteuer würde eine Auseinandersetzung mit den Unternehmern provozieren. Diese würden mit Standortverlage-

rung und Investitionsstopps drohen. Eine Kommune alleine ist erpressbar. Daher kann der Kampf um eine Umverteilung zwar in einer Stadt begonnen werden, aber je mehr Kommunen an solch einem Kampf teilnehmen, desto größer sind die Chancen, Gelder von den Konzernen zu erkämpfen.

Ebenso muß ein Kampf um höhere Zuwendungen aus Bonn geführt werden. Eine Umkehrung der Umverteilung hin zu einer Umverteilung von oben nach unten würde mehr finanzielle Mittel für die Kommunen schaffen. Der Kampf dafür muß von den Kommunen gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Gewerkschaften und Personalräten und der gesamten arbeitenden Bevölkerung organisiert werden.

Das Beispiel Liverpool

In der englischen Hafenstadt Liverpool war die soziale Krise schon zu Beginn der 80er Jahre besonders tief. Auch hier hatte die Regierung Thatcher in den Jahren seit 1979 die Kommunen für die Krise zahlen lassen. 1983 gewann die sozialistische Linke unter der Führung der britischen Schwesterorganisation der SAV, Militant, die Mehrheit in der Labour Party. Bei den Kommunalwahlen im selben Jahr trat sie mit einem sozialistischen Wahlprogramm an. Die Labour Party gewann die Wahl und stellte bis 1987 die Mehrheit im Liverpoole Stadttrat. In dieser Zeit wurden Reformen durchgesetzt, wie der Bau von 5000 Sozialwohnungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche für die städtischen Bediensteten, die Schaffung von 1000 neuen Arbeitsplätzen bei der Stadt – anstelle der von den Liberalen geplanten 1000



Liverpool: 50 000 Demonstranten am Tag der Verabschiedung des Haushaltes am 29. 3. 84 unterstützten den Stadtrat

Stellenstreichungen –, die Schaffung von 100 neuen Lehrstellen sowie der Bau von Sportzentren und Kindertagesstätten.

Für diese Reformen hatte die Stadt „eigentlich“ nicht genug Geld. Doch der Stadtrat ließ sich nicht von der Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse abbringen und beschloß einen „illegalen“, nicht ausgeglichenen Haushalt und forderte von der Thatcher-Regierung die Gelder zurück. In den ersten Jahren war diese Politik erfolgreich und Thatcher mußte nachgeben. Dies war nur möglich, weil sich der Stadtrat die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse und der Jugend in Liverpool, vor allem der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, hatte. Die Politik des Stadtrates wurde von der Basis der Labour Party, zu der die meisten Gewerkschaften gehören, demokratisch be-

stimmt. In diesen Jahren bewiesen die Sozialisten mit Militant, daß eine Stadt sich zur Wehr setzen kann.

Doch sie wußten auch, daß sie, auf sich alleine gestellt, die Thatcher-Regierung nicht Jahr für Jahr zu Zugeständnissen zwingen können. Deshalb versuchten sie einerseits den Kampf auf andere Städte auszuweiten und zweitens ihn mit einem Kampf für die grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu verbinden.

Da die landesweite Führung der Labour Party nicht mitmachte, sondern gegen den Liverpoole Stadttrat vorging, wurde Liverpool isoliert und 1987 wurde der marxistisch geführte Stadtrat, wegen eines erneuten illegalen Haushaltes, durch Thatcher des Amtes enthoben.

Diesen Weg der Gegenwehr mußten auch die deutschen Kommunen gehen, wenn sie

nicht weiter Sozialabbau betreiben oder Konkurs gehen wollen. CDU-geführte Kommunen werden nicht auf die Idee kommen, sich gegen ihre eigene Parteiführung aufzulehnen. Doch auch den derzeitigen SPD-Führern, ob auf Bundesebene oder in den Städten und Gemeinden, liegt nichts ferner, als einen Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der sozial Benachteiligten zu führen. Auf SPD-geführte Kommunen muß deshalb genauso viel Druck ausgeübt werden, organisiert von außen – in den Betrieben, Schulen, Hochschulen, Nachbarschaften und auf der Straße.

Gleichzeitig bauen wir mit der SAV eine neue politische Kraft auf, die eine Alternative zu den bestehenden Parteien darstellt und für die konsequente Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen steht. ■

Fußball-Bundesliga

Wer die Kohle hat, gewinnt

Mit Borussia Dortmund ist zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesliga ein Verein aus dem Ruhrgebiet Meister geworden. Um die anderen Clubs im Kohlenpott ist es allerdings nicht so gut bestellt. Gleich zwei Traditionsclubs, Bochum und der MSV, sind abgestiegen.

Daniel Behruzi, Schalke-Fan

Ebenfalls abgestiegen ist Dynamo Dresden. Wenn Hansa Rostock nicht aufgestiegen wäre, wäre kein einziger Verein aus Ostdeutschland mehr in der 1. Liga vertreten sein.

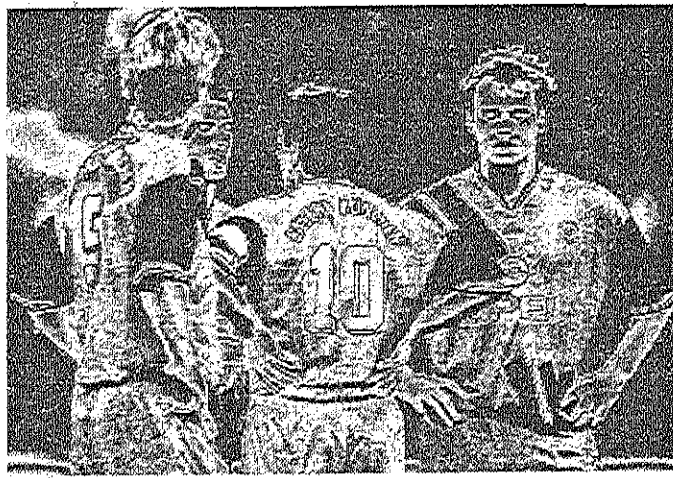
Diese Saison hat noch einmal deutlich gemacht: Wer gewinnt und wer verliert hängt in erster Linie davon ab, wer das meiste Geld hat. Ausnahmsweise konnte der Rekordmeister Bayern dieses Mal trotz dickem Portemonnaie die Schale nicht holen.

Dafür aber die Borussia, die mit 60 Millionen Mark Umsatz in dieser Saison laut SPIEGEL inzwischen zum „besseren Bayern München“ geworden ist.

Die ärmeren kleinen Clubs können beim großen Geschäft nicht mehr mithalten. Sie fungieren als „Talente-Produzenten“ für die Großen. Dortmunds Griff nach Gladbachs Stürmer Heiko Herrlich zeigt, wie schnell diese

von den Bayern gelernt haben. Die Ost-Vereine w u r d e n nach der Wende von Leverkusen (mit freundlicher Unterstützung des Bayer-Konzerns) und anderen reichen Clubs aus dem Westen regelrecht abgezockt wurden.

Die erfreuliche Ausnahme ist zur Zeit der SC Freiburg, der es



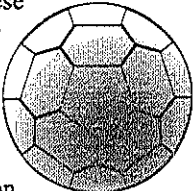
Die zusammengekauft Starttruppe der Bayern bekommt Konkurrenz von den Neureichen aus Dortmund

ohne großes Kapital aber mit viel Spielfreude geschafft hat, die Liga durchzuwirbeln. Allerdings bleibt abzuwarten, ob diese Herrlichkeit die nächste Saison überlebt. Leider (glücklicherweise!, der Redakteur) hat Werder Bremen den Freiburger Cardoso schon abgekauft, der mit 16 Treffern den SC auf den 3. Platz geschossen hat.

Die Vereine der Bundesliga werden immer mehr zu Wirtschaftsunternehmen, die Liga wird immer kommerzieller. Die Sponsoren interessiert aber nicht der Fußball, sondern einzig und allein der Profit. Im Privatfernsehen SAT1, das die Senderechte an Bundesligaspielen gekauft hat, geht bei „ran“ bald mehr Sendezeit für Werbung drauf als für Fußball.

Neun Millionen Fans sind in

dieser Saison in die Stadien geströmt. Aber zu sagen haben sie nichts. Das Sagen haben die Sponsoren und die Bonzen in den Vorständen. Paradebeispiel dafür ist Jürgen Möllemann, der als Wirtschaftsminister mit dafür gesorgt hat, daß massenhaft Jobs im Bergbau vernichtet worden sind und jetzt beim FC Schalke 04, dem alten Bergwerks-Club, im Vorstand sitzt. Nicht die Politiker und Kapitalisten, sondern die Fans, Spieler und Kommunen müssen wieder über die Vereine und die Liga bestimmen können. Die immer weitere Kommerzialisierung und Vermarktung muß gestoppt werden!



Fortsetzung von Seite 1

Stop Sommersmog

Damit nur ja niemand diese Profitlogik und das Profitsystem in Frage stellt, werden in der Debatte um Ozonbelastung Menschen mit Kat-Autos gegen Menschen mit kat-losen Autos ausgespielt, Tatsachen verdreht oder verschwiegen.

So geht die dramatische Entwicklung in Sachen Sommersmog zu einem großen Teil auf Kosten des LKW-Verkehrs. Der hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Teils wegen der Entwicklung des EG-Binnenmarktes, teils infolge der kapitalistischen Wiedervereinigung, teils wegen dem Konzept der verringerten Lagerhaltung in der Industrie. Um „just in time“ produzieren zu können, müssen ständig LKWs mit Zuliefererteilen unterwegs sein. Für ein paar Mark mehr Profit werden außerdem Schweinehälften und Joghurtbecher über hunderte Kilometer quer durch die Republik kutschert. An diesem Irrsinn werden Milliarden verdient.

Grenzwerte

Jeder normale Mensch würde Grenzwerte so festlegen, daß die Gesundheit von Mensch und Natur keinen Schaden nimmt. Der Grenzwert der Bundesregierung ist so bemessen, daß die Profitinteressen von Daimler-Benz und Co. keinen Schaden nehmen. Vor allem Kinder und ältere Menschen leiden aber auch gesunde Erwachsene unter Ozonkonzentrationen weit unter dem Grenzwert von 240 Mikrogramm. Pflanzen leiden sogar bei noch geringeren Werten unter Ozon.

Es käme die Gesellschaft bestimmt billiger, in den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zu investieren, statt für die schädlichen Folgen der Luftverschmutzung an Mensch und Umwelt zu zahlen. Private Wirtschaft und Regierung rechnen aber nicht gesamtgesell-

schaftlich sondern privatwirtschaftlich. Dementsprechend sind ihre Vorschläge und Maßnahmen.

Alle Prognosen gehen von einer Zunahme des Straßenverkehrs in den nächsten Jahren aus. Der LKW-Verkehr soll sogar überdurchschnittlich zulegen. 30 bis 50 Prozent der giftigen Stickoxide stammen beim Straßenverkehr schon heute aus den Auspufftöpfen der LKW. Angesichts dieser Perspektiven ist klar, wie sehr die geplanten Maßnahmen gegen Sommersmog an dem Problem vorbeigehen. Bisher wurden auch von der Opposition, SPD, Grüne und PDS, keine brauchbaren Alternativen vorgeschlagen. Kein Wunder, denn wer Grundlegendes am Verkehrssystem ändern will, der muß sich mit der Macht der privaten Wirtschaft anlegen, statt sich mit ihr zu arrangieren. Wer sich kein schöneres Wirtschaftssystem vorstellen kann als das kapitalistische, der endet in ausgewogener Sachzwangpolitik.

Wir kämpfen für:

- ★ Notfalls Durchsetzung von schärferen Grenzwerten und Maßnahmen im Alleingang der SPD bzw. Rot-Grün regierten Länder
- ★ Sofortprogramm zum Ausbau von öffentlichem Nah- und Fernverkehr
- ★ Gütertransporte auf die Schiene
- ★ Keine Preiserhöhungen bei Bussen und Bahnen
- ★ Nulltarif im Öffentlichen Nahverkehr
- ★ Bei Gefahr von Sommersmog: Nulltarif auch im Eisenbahnverkehr
- ★ Die Bahn muß in öffentlichem Besitz bleiben
- ★ Ein demokratisch aufgestellter Verkehrsplan, unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Um-

weltorganisationen.
 ★ Verstaatlichung der Automobil- und Mineralölkonzerne, demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten, Umstellung der Produktion, zum Beispiel Bau von Bussen und Straßenbahnen

Ozon: Bleibende Schäden

Ozon ist ein aggressives Zellgift. Es beeinträchtigt in höheren Konzentrationen, (über 120 Mikrogramm/m³) die menschliche Gesundheit. (Hustenreiz, Kopfschmerzen), gilt als Mitverursacher der Waldschäden und trägt zur Erwärmung der Atmosphäre bei. Eine Langzeitfolge von Konzentrationen ab 240 Mikrogramm ist ein beschleunigter Alterungsprozeß der Lunge (Ökoinstitut Freiburg)

Während jede Werkstatt beim wiederholten Überschreiten von 200 Mikrogramm Ozon ihren Betrieb aus Arbeitsschutzgründen schließen muß, werden vom Bonner Umweltministerium der Bevölkerung Ozonwerte bis 240 Mikrogramm und mehr zugemutet. Der einzig medizinisch begründete Grenzwert liegt bei 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Ein akzeptables Sommersmoggesetz muß die Unterschreitung dieses Schwellenwertes garantieren, sonst ist es überflüssig. (Greenpeace-Luftexperte Karsten Smid, in KStA, 24/25 Juni 95)

Staatlicher Rassismus

Chong Vo Xuan von Polizei in den Tod getrieben

Seit Monaten läuft in Berlin eine Kriminalisierungskampagne gegen Vietnamesen. „Kippen, Kokain, Kanonen – alles komplett. Die Mafia macht Mordgeschäfte“ steht auf Großplakaten in tausendfacher Auflage. Damit versucht der Senat, alle 40 000 Vietnamesen in einen Topf mit der „Zigaretten-Mafia“ zu werfen, um so in der Bevölkerung Verständnis für seine Ausweisungspolitik zu schaffen.

Alex, JRE-Mitglied, Berlin-Treptow

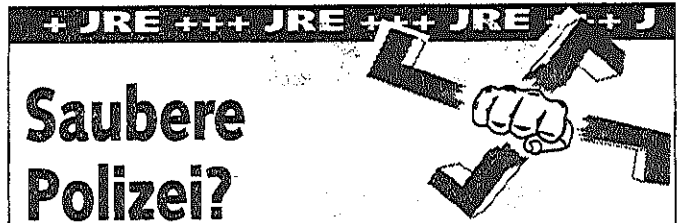
Am 17. Juni hatte die Kampagne einen traurigen Höhepunkt. Der 38jährige Chong Vo Xuan wurde in Köpenick von einem D-Zug erfaßt. Er war auf der Flucht vor der Polizei. Beamte waren am S-Bahnhof Berlin-Köpenick auf eine Gruppe von Vietnamesen zugestürzt, die sie des illegalen Zigaretten-Handels verdächtigten. Sie flüchteten in

verschiedene Richtungen, einer von ihnen parallel zu den Bahngleisen. Er wurde von einem Polizisten im Abstand von fünf Metern verfolgt. Obwohl der Beamte vor dem hinten nahenden D-Zug gewarnt wurde und den Zug selbst gesehen hatte, setzte er die Verfolgung fort. Der Verfolgte wurde vom Sog des Zuges erfaßt und starb sofort an schweren Kopfverletzungen. Nach Zeugenaussagen nahm der Beamte von dem Verunglückten keine Notiz und lief weg. Zeugen berichteten auch, daß Polizisten lachend danebenstanden, als der Leichnam abtransportiert wurde.

Warum sind so viele VietnamesInnen gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch illegalen Zigarettenhandel zu verdienen? Seit 1994 gilt in Deutschland: VietnamesInnen dürfen zunächst nur zwei Jahre bleiben, wenn sie einen festen Job und eine feste Wohnung haben und nicht straffällig werden. Aber

die meisten von ihnen sind ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR und wurden nach der Wende als erste entlassen. Die meisten bekommen keinen neuen Job, müssen aber für ein Zimmer im Ausländerwohnheim 480 DM bezahlen. 95 Prozent der ehemaligen Vertragsarbeiter haben einen Asyl-Antrag gestellt, um nicht nach Vietnam abgeschoben zu werden. Aber als Asylbewerber bekommen sie keine Sozialhilfe, sondern nur 60 DM Taschengeld im Monat. An einer Stange Zigaretten verdienen sie aber auch nur 2-3 DM. In Wirklichkeit verdienen an diesem Geschäft deutsche Speditionsfirmen, Zwischenhändler, die Raucher und allen voran mit riesigen Gewinnen die Zigarettenkonzerne.

Schuld sind nicht die, die aus Armut hier sind, sondern die, die diese Armut schaffen – Solidarität mit den vietnamesischen Zigarettenhändlern!



Saubere Polizei?

Als Bremer Beitrag zur JRE-Aktionswoche gegen Rassismus wollten wir eine Blutspur vom Verwaltungsgericht zum Abschleppgefängnis ziehen, als Zeichen für die mörderischen Auswirkungen, die die „juristisch einwandfreien“ Urteile für die abgelehnten Flüchtlinge haben.

Ianka, JRE-Mitglied, Bremen

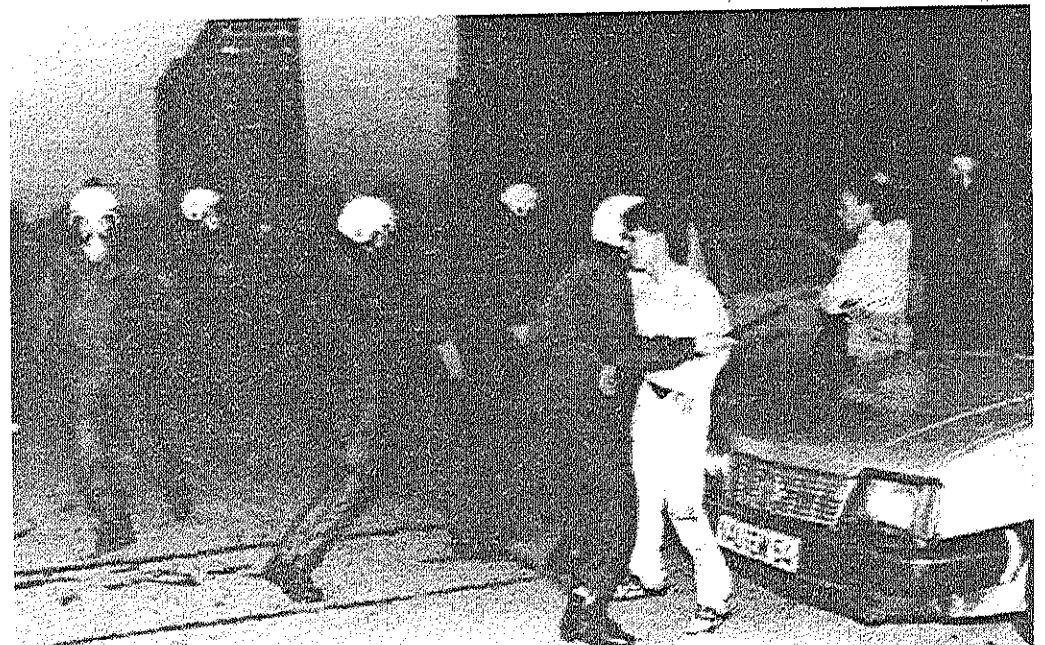
Bald zeigte sich, daß unsere Inszenierung geradezu undramatisch war, verglichen mit dem Spektakel, das die Polizei mit uns veranstaltete. Alles begann friedlich. Um 17.30 Uhr trafen sich rund 35 JREler und Sympathisanten trotz starkem Regen in der Bremer Innenstadt.

Mehrere Polizeiwagen warteten auf uns. Der Einsatzleiter wollte den Marsch zum Gefängnis erlauben – aber nur ohne Blutspur. Um unnötigen Ärger zu vermeiden, gingen wir zunächst darauf ein. Beim Abschiedsbeknast angekommen, fuhren dann aber zwei JRE-

Aktivisten mit einem Auto vor und gossen einen Eimer Blut aus dem Wagen. Die Reaktion der Polizei war filmreif: Ein Polizeiwagen raste über die Gegenspur und hielt mit quietschenden Reifen quer vor dem Auto der beiden „Übeltäter“. Sie wurden aus dem Auto gezerrt, der Fahrer in Handschellen gelegt und beide auf die nahegelegene Wache geschleppt.

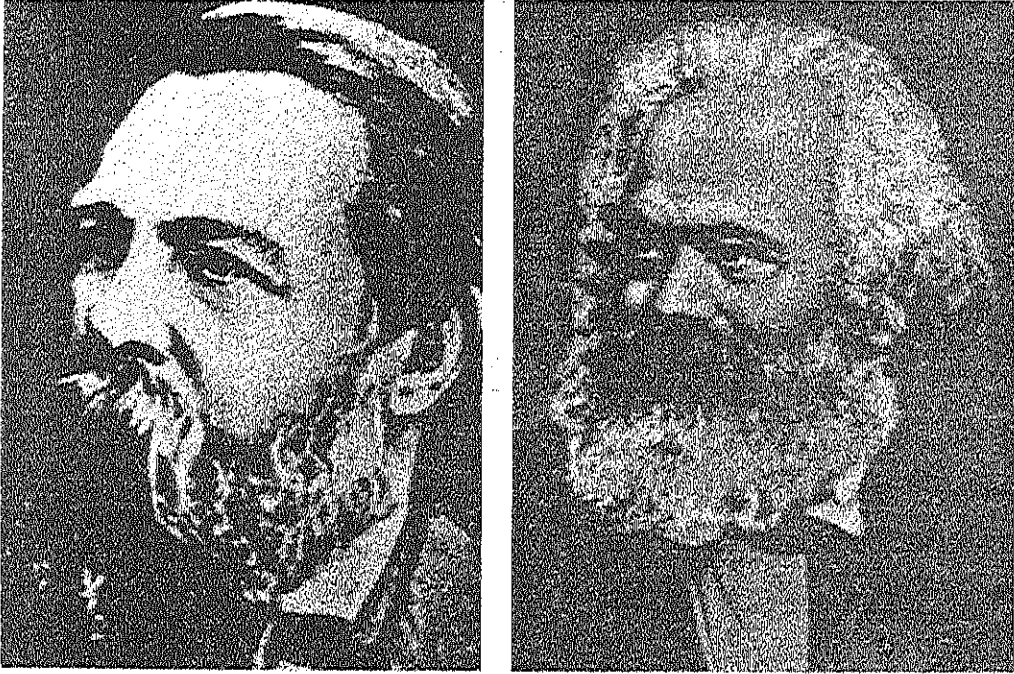
Erst nach einer halben Stunde kamen die beiden wieder frei. Der Vorwurf gegen sie: „Unsachgemäße Abfallentsorgung“. Ist das die neue Linie der Polizei gegen Umweltsünder? Sicherlich sehen wir dann auch bald die Konzernführungen von Shell und BASF oder ihre Marionetten in den Parlamenten in Handschellen? Schön wär's!

In Wirklichkeit ist dieses Vorgehen ein weiterer Versuch, Antifaschisten einzuschüchtern und unseren Protest zu kriminalisieren. Nicht mit uns, wir machen weiter!



Berlin: Immer wieder gibt es Razzien in Wohnheimen von Vietnamesen, durch die diese sämtlich in die kriminelle Ecke gestellt werden

100. Todestag von Friedrich Engels



„Am 5. August (...) 1895 verschied in London Friedrich Engels. Engels war nach seinem Freund Karl Marx (der 1883 starb) der bedeutendste Gelehrte und Lehrer des modernen Proletariats in der ganzen zivilisierten Welt.“ So fängt der Nachruf auf Engels an, den Lenin im Herbst 1895 verfaßte. Engels hatte zusammen mit Marx den wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt. Mit ihm schrieb er das „Kommunistische Manifest“, finanzierte dessen Studien bei der Erstellung des „Kapitals“ und entwickelte selber vor allem die philosophischen und geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus weiter.

Wolfram Klein, Stuttgart

Sozialismus: Keine Utopie sondern Notwendigkeit



Die Pariser Kommune 1871: Zum ersten Mal haben die Arbeiter in einer Stadt die Macht ergriffen

Friedrich Engels wurde am 28. 11. 1820 in Barmen (gehört heute zu Wuppertal) geboren. Sein Vater war Baumwollfabrikant und Anhänger des Pietismus, einer besonders reaktionären Strömung des Christentums. Friedrich floh aus der geistigen Enge des Elternhauses und stürzte sich in die moderne Literatur und Philosophie.

Auf diesem Weg und durch die Erfahrung der unerträglichen Lebensverhältnisse der Lohnarbeiter und ihres Kampfes dagegen wurde er Revolutionär und Kommunist. 1842-44 war er in Manchester, wo sein Vater Teilhaber einer Firma war. Dort lernte er Mary Burns kennen, die als Arbeiterin, Frau und Irin gleich dreifach unterdrückt war und ihn gewissermaßen bei den klassenbewußten ArbeiterInnen einführte.

Zusammen mit Marx begann er 1844 den Kampf gegen die verschwommenen philosophischen und sozialistischen Strömungen, zu denen sie selbst bis vor kurzem gehört hatten und für einen Sozialismus, der sich auf das Proletariat als revolutionäre Klasse stützt.

Revolution 1848/49

Sie knüpften Kontakte zu bestehenden Arbeiterorganisationen in Frankreich, Belgien und England. Unter ihrem Einfluß wurde der „Bund der Gerechten“ zu einer politischen Organisation mit klarem Programm und wurde später in den „Bund der Kommunisten“ umbenannt.

1848 brachen in vielen Ländern Europas Revolutionen aus, das Land mit der stärksten Arbeiterklasse, Großbritannien, blieb allerdings ruhig. Marx und Engels gaben mit ihren Genossen in Köln eine Zeitung heraus, die „Neue Rheinische Zeitung“.

Die Revolutionen von 1848/49 waren eigentlich Revolutionen, in denen die Bourgeoisie, die Kapitalisten, die immer noch mächtigen Reste des Adels hätten abschütteln können. Sie waren keine proletarischen Revolutionen, denn die Arbeiterklasse war noch zahlenmäßig zu klein und politisch zu unerfahren, um eine Revolution anzuführen.

Doch die kommende Stärke des Proletariats war schon zu sehen. Die Bourgeoisie zog es vor, auf den entschiedenen Kampf gegen den Feudalismus zu verzichten und verbündete sich allerorten mit den Herrschenden gegen die Revolution. Anders als die englischen Bürgerlichen im 17. Jahrhundert verzichtete zum Beispiel die deutsche Kapitalisten-Klasse auf „ihre“ Revolution und beließ zumindest bis 1918 einen Teil der Macht in den Händen der Großgrundbesitzer und ihrer politischen Vertreter.

Die 48er-Revolutionen scheiterten. Bevor die Revolution ganz zu Ende war, kam es aber noch einmal zu bewaffneten Aufständen, an denen sich auch Engels beteiligte, im Mai 1849 in Eilberfeld, im Juni und Juli in der Pfalz und Baden. Nach der endgültigen Niederlage der Re-

volution brachte sich Engels' Abteilung als letzte über die Schweizer Grenze in Sicherheit. Im Herbst reiste er nach London, wohin Marx schon voraus war.

Pariser Kommune

Nachdem sie erkannten, daß die Revolution auf Jahre hinaus vorbei war, übernahm Engels einen Job in der Firma seines Vaters in Manchester, um mit seinem Einkommen Marx theoretische Arbeit unterstützen zu können. Erst 1869 erlaubte es ihre finanzielle Situation, daß Engels den „hündischen Kommerz“ aufgab.

Der Aufenthalt in Manchester wurde Engels immer unangenehmer, als in den 1860ern die internationale Arbeiterbewegung wieder auflebte und 1864 in London die Internationale Arbeiterassoziation (die Erste Internationale) gegründet wurde. Während Marx bald ihre zentrale Figur war, konnte sich Engels bis 1869 nur indirekt beteiligen.

1870 führte in Frankreich die Niederlage im Krieg gegen Deutschland zu einer Revolution. Die neue bürgerliche Regierung verlor bald immer mehr den Rückhalt der Arbeiter. Im März 1871 wurde die Regierung aus Paris vertrieben, die Pariser Kommune entstand. Erstmals hatten die arbeitenden Menschen für mehrere Monate die Macht in einer Weltstadt. Die Bewegung breitete sich aber nicht aus und wurde blutig un-

terdrückt.
Der Einfluß der Internationale auf die Bewegung war nur indirekt gewesen. Da sie sich aber mit dem Kampf der Pariser ArbeiterInnen solidarisierte, wurde sie zum Schreckgespenst für die Herrschenden in ganz Europa. Die nun einsetzenden Verfolgungen führten – zusammen mit den Konflikten über die richtige Politik zwischen den Vertretern der Marx'schen Linie und den Anarchisten um Bakunin – in wenigen Jahren zum Niedergang der Internationale.

Engels Hoffnung, sich jetzt endlich mit theoretischen Problemen beschäftigen zu können, trog aber. Bald sah er sich gezwungen, gegen den in der deutschen Sozialdemokratie grassierenden Mächtigen-Sozialismus eines Eugen Dühring aufzutreten. Die Schrift, die er dazu verfaßte, erwies sich bald als wichtigstes Instrument, um Marx und seine Theorie in der ArbeiterInnenbewegung zu verbreiten (siehe Kasten).

Mit ihrer Hilfe wurde in den folgenden 15 Jahren Marxismus zur theoretischen Grundlage der SPD. Engels vertiefte in dieser Schrift den wissenschaftlichen Charakter des Sozialismus: Der Sozialismus ist nicht einfach eine „bessere“ Gesellschaft, sondern die Notwendigkeit, den Kapitalismus abzuschaffen, ergibt sich aus dessen Widersprüchen.

Die Staatsfrage

Eine zentrale Frage für eine politische Partei ist natürlich die

„In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie“

Rolle des Staats. Viele führende Sozialdemokraten standen damals dem Staat sehr feindselig gegenüber. Aber das hieß nur, daß sie den „preußischen Militärstaat“ durch einen „freien Volksstaat“ ersetzen wollten.

Engels erklärte, daß der Staat als Institution überhaupt nur entstanden ist, als sich in der Geschichte die Spaltung der Gesellschaft in Klassen mit gegensätzlichen Interessen herausgebildet hat. Der Staat ist ein Instrument der jeweils herrschenden Klasse(n), um ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten, auch gegen äußere Feinde, aber vor allem gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten im eigenen Land.

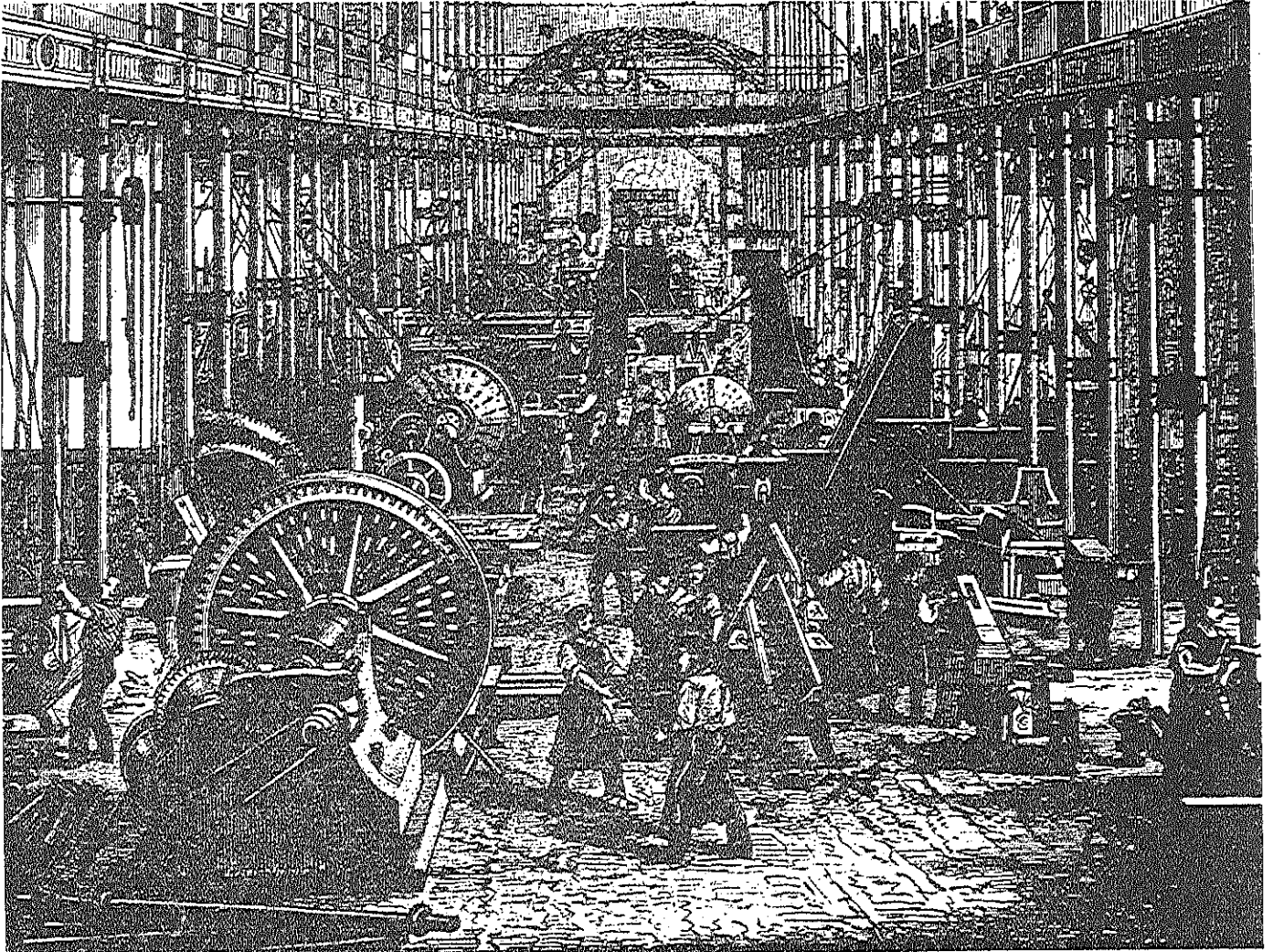
Die Formen und Methoden ändern sich in der Geschichte natürlich sehr. Manchmal, wenn zwischen verschiedenen Klassen ein ungefähres Kräftegleichgewicht herrscht, kann der Staat zwischen ihnen laviieren und eine scheinbar selbständige Rolle spielen. Aber in letzter Instanz wird er immer die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verteidigen. Das läßt sich auch durch eine sozialistische Parlamentsmehrheit oder einzelne Reformen nicht ändern.

Deshalb müssen die Arbeiter, wenn sie die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft in Angriff nehmen wollen, die bürgerliche Staatsmaschinerie beseitigen und durch eine eigene Organisation auf der Grundlage der Wählbarkeit und jederzeitigen Abwählbarkeit aller FunktionsträgerInnen und eines normalen Arbeiterlohns für alle FunktionsträgerInnen ersetzen. Die Möglichkeit, den alten

bürgerlichen Staatsapparat auch nur ansatzweise für sozialistische Veränderungen zu nutzen, verwarfen Marx und Engels endgültig nach den Erfahrungen der Pariser Kommune, wo die Arbeiter noch zu sehr die alte Bürokratie intakt ließen. Sie betonten, die Staatsmaschinerie müsse „zerbrochen“, „zerschlagen“ werden.

Wenn dann in einer sozialistischen Gesellschaft die sozialen Gegensätze verschwinden, kann mit ihnen auch der Staat verschwinden, absterben.

In Deutschland herrscht „eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der Gesellschaft gemeinsamen Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft stiegriechen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es



„Auch vor Engels hatten sehr viele die Leiden des Proletariats geschildert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, ihm zu helfen. Engels aber hat als erster gesagt, daß das Proletariat nicht nur eine leidende Klasse ist; daß gerade die schmachvolle wirtschaftliche Lage, in der es sich befindet, es unaufhaltsam vorwärtreibt und es zwingt, für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Das kämpfende Proletariat aber wird sich selbst helfen.“ (Aus: Lenin, Nachruf auf Friedrich Engels, in: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus)

steht nicht drin ... Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich, in entscheidenden Moment, ratlos ist, daß über die einschneidendsten Punkte Unklarheit herrscht, weil diese nie

diskutiert worden sind ... Dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag 'ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der 'ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.“

Engels sah die gefährliche Entwicklung in der Sozialdemokratie. Obwohl diese sich theoretisch auf den Marxismus berief, waren doch in der Praxis Fehler eingebaut, die zur völligen Abkehr vom Sozialismus führen sollten. Die allgemeine

sozialistische Propaganda wurde von der Tagespolitik getrennt, es wurde keine Brücke zwischen den aktuellen Forderungen und dem Ziel der Machteroberung durch das Proletariat gebaut.

Dies bestärkte bei vielen Mitgliedern die Haltung, man müsse nur immer mehr Stimmen und Mitglieder bekommen und dann werde einem irgendwann nahezu automatisch die Macht zufallen.

Diese enormen theoretischen Schwächen der gesamten Partei erleichterten den Aufstieg der

Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Funktionäre lösten zunehmend ihre eigene soziale Frage als Gewerkschaftshauptamtliche oder Parlamentsabgeordnete. Eine pragmatische, opportunistische, reformistische Tagespolitik entsprach mehr und mehr ihren sozialen Interessen, die sich von denen der Arbeiterklasse abhoben.

Rosa Luxemburg wies schon Anfang des Jahrhunderts auf diese Entwicklungen hin. Bis zum Verrat vom August 1914, als die SPD den Krieg des deutschen Imperialismus unterstützte

„Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“

„Die materialistische Anschauung von der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert wird und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen ihrer Produktions- und Austauschweise ...

An die Stelle des Spinnrads, des Handwebstuhls, des Schmiedehammers trat die Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl, der Dampfhammer; an die Stelle der Einzelwerkstatt, die das Zusammenwirken von Hunderten und Tausenden gebietende Fabrik. Und wie die Produktionsmittel, so

verwandelt sich die Produktion selbst aus einer Reihe von Einzelhandlungen in eine Reihe gesellschaftlicher Akte und die Produkte aus Produkten einzelner in gesellschaftliche Produkte ...

Produktion und Produktionsmittel sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsform, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat, wo also jeder sein eigenes Produkt besitzt und zu Märkte bringt ...

In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim. Je mehr die neue Produktionsweise auf allen entscheidenden Produktionsfeldern und in allen ökonomisch entscheidenden Ländern zur Herrschaft kam und damit die Einzelproduktion bis auf unbedeutende Reste verdrängte, desto greller mußte auch an den Tag treten die Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ...

Die Lohnarbeit, früher Ausnahme und Aushilfe, wurde Regel und Grund-

form der ganzen Produktion; früher Nebenbeschäftigung, wurde sie jetzt ausschließliche Tätigkeit des Arbeiters. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Die Menge der lebenslänglichen Lohnarbeiter wurde zudem kolossal vermehrt durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der feudalen Ordnung ...

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie ...

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jeden Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen der Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehen. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Funktion mehr, außer Revenuen-Einstreichen, Kupon-Abschneiden und Spielen an der Bör-

se, wo die verschiedenen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen ...

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über den Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßig bewußte Organisation ...

Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von dann an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

(Aus: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 1876-78)

Lateinamerika

In den letzten Jahren war der Eindruck von halbwegs stabiler Demokratie in Lateinamerika entstanden. Wahlsiege für Wunschkandidaten der Unternehmer – oft durch massive Wahlfälschungen –, die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua und das Aufgeben vieler Guerilla-Bewegungen führten zu einer Atempause für die Kapitalisten und die bürgerlichen Regierungen.

Der Aufschwung stärkte ihre Illusion, die Arbeiterklasse hätte sich endgültig mit dem Kapitalismus abgefunden. Doch der Aufschwung wurde hauptsächlich von einer rigorosen Sparpolitik mit Lohn- und Sozialabbau und vom Ausverkauf staatlicher Betriebe, verbunden mit massiver Arbeitsplatzvernichtung, getragen.

Auch die massivste Propaganda über „Demokratisierung“ und „Modernisierung“ macht keinen Arbeiter satt und verliert auf Dauer ihre Wirkung. Nun sind schärfere Klassenkämpfe ausgebrochen. Die Herrschenden sind aufgeschreckt und greifen – parlamentarische Demokratie hin oder her – wie zu Zeiten der Militärdiktaturen in den 70er Jahren zu Polizei- und Militäreinsätzen. Bolivien und Mexiko sind die deutlichsten Beispiele für eine Zuspitzung der Klassenausinandersetzungen.

Von Gaetan Kayitare, Aachen

Mexiko

Der Kampf geht weiter

Neujahr 1994 erschrak der gesamte Imperialismus über den bewaffneten Aufstand der EZLN (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee). Anfänglich hoffte die mexikanische Regierung, mit einigen Reformen den Forderungen nach „Demokratie, Land, Arbeit und Gerechtigkeit“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zur Not müsse der Spuk eben mit militärischer Gewalt beseitigt werden.

Mittlerweile sind unzählige Verhandlungen mit der EZLN ergebnislos geblieben, 60 000 Soldaten wurden mit US- und argentinischen Beratern in der Aufstandsprovinz Chiapas ein-

Arbeiterklasse offensiver



EZLN-Guerillas in Chiapas, Mexiko: Ihr Aufstand hat die gesamte Arbeiterklasse ermutigt

gesetzt. Doch sie sind unfähig, die Guerilla-Armee zu schlagen, sie zerstören Dörfer, vergiften Trinkwasser und schikanieren und foltern indianische Bauern, um die Unterstützung für die Zapatisten zu brechen. Begrenzt auf die ärmste Provinz des Landes hat der EZLN-Aufstand mi-

ellen Gewerkschaften zu protestieren. Diese sind der seit acht Jahrzehnten regierenden Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) angeschlossen und hatten nur zu einer Saalveranstaltung eingeladen.

Wirtschaftskrise

Die Hoffnung der mexikanischen Kapitalisten, den Zapatisten-Aufstand schnell zu begrenzen und zu beenden, basierte auf der Illusion, Mexiko sei auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Großmacht. Schließlich trat Anfang 94 das Freihandelsabkommen (NAFTA) mit den USA und Kanada in kraft und Mexiko hoffte sogar, in die OECD (Organisation der wirtschaftlich entwickelten Staaten) aufgenommen zu werden.

Seit den 80er Jahren betrieb die Regierung Salinas eine Politik der Öffnung und der Privatisierung, um internationales Kapital anzulocken. Einige Erfolge konnte er am Ende seiner Amtszeit nachweisen: Die Anzahl der Milliarden war von zwei auf 28 gewachsen, im gleichen Zeit-

raum fiel der Mindestlohn um 58 Prozent.

Durch NAFTA wird die mexikanische Wirtschaft der Konkurrenz der bei weitem überlegenen US-Wirtschaft ausgesetzt, mit ähnlichen Folgen wie beim Anschluß der DDR an die Bundesrepublik: In den ersten sechs Monaten sind 400 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Bauern und mittelständische Betriebe haben keine Chance gegen ihre US-Konkurrenten.

Das angelockte Kapital kam jedoch nicht, um langfristige Investitionen zu tätigen, sondern um Anteile an rentablen staatlichen Betrieben zu erheischen oder um einen schnellen Dollar zu machen und bei erster Gelegenheit wieder abzuziehen.

Das passierte im letzten Dezember, als klar wurde, daß der bisher an den Dollar gebundene und künstlich hochgehaltene Peso abgewertet werden mußte. Daraufhin zogen sich die Spekulanten zurück und der Peso fiel ins Bodenlose. Um den Zusammenbruch Mexikos zu verhindern, mußten die USA einen Kredit von 50 Milliarden Dollar für Mexiko organisieren.

Die EZLN kann zwar nicht militärisch über die mexikanische Regierung siegen, aber sie hat bereits einiges bewirkt. Die Korruption des PRI-Machtapparates ist deutlich zutage getreten. Der Druck der Zapatisten führte zu Verunsicherungen und blutigen internen Abrechnungen wie der Ermordung des PRI-Präsidentenskandidaten, Luis Colosio und des Generalsekretärs Lui Massien durch Leute aus der eigenen Partei. Der Wahlsieg des PRI-Kandidaten Zedillo – nachgeholfen mit einer guten Portion Wahlfälschung – hat nicht die erhoffte Stabilität gebracht.

Der Aufstand der EZLN und die Mai-Demonstration Hunderttausender deuten auf das Ende der PRI-Herrschaft und die Entstehung einer machtvollen und radikalen Opposition. Doch um das Ende des kapitalistischen Alptrahms für Millionen Mexikaner zu erreichen, bedarf es einer sozialistischen Opposition, die den Kampf der Bauern von Chiapas und der anderen Armut-Provinzen mit der Aufbau der Arbeiterbewegung in Städten verbindet. Solch eine sozialistische Kraft muß noch aufgebaut werden.

Bolivien

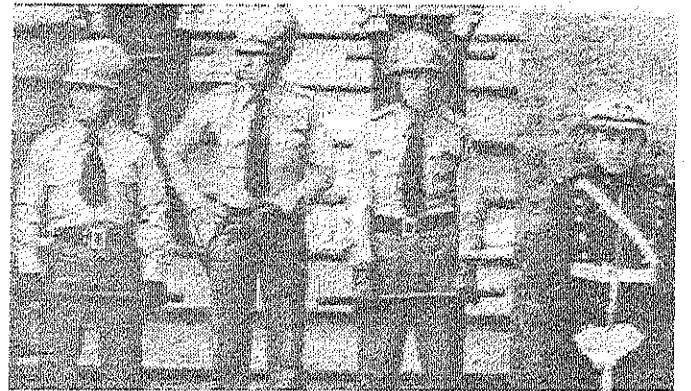
Ausnahmezustand

Bolivien in den letzten Monaten zeigt, wie wenig die „Demokratisierung“ – gewählte Präsidenten statt putschender Generale – am Leben der Arbeiterklasse geändert hat. Am 18. 4. rief Präsident Sanchez de Lozada für sechs Monate den Ausnahmezustand aus. Es herrscht Ausgehverbot von 24 bis 6 Uhr morgens, Demonstrationen, Gewerkschafts- oder Parteiversammlungen sind verboten. Wichtiger als diese Unterdrückung ist jedoch die fast explosionsartige Wiederbelebung der bolivianischen Arbeiterklasse.

Obwohl Bolivien mit seinen sieben Millionen Einwohnern wirtschaftlich weniger entwickelt ist als Argentinien, Brasilien oder Mexiko, hat die Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren der Gesellschaft ihren Stempel

stützungen aus allen Schichten der Arbeiter und von Bauernorganisationen.

Die Privatisierung hätte eine Schulgeld von umgerechnet 30 DM monatlich bedeutet, was für Durchschnittsverdiener unbezahlbar gewesen wäre. Das Verbot einer Lehrerdemo am 27. 3. in der Hauptstadt La Paz war der Anlaß für den Gewerkschaftsdachverband (COB), einen Generalstreik auszurufen, der auch von Bauern und Landarbeitern befolgt wurde. Die Bauern wissen, was sie der Arbeiterbewegung zu verdanken haben: obwohl nur knapp die Hälfte der Einwohner in den Städten leben, liegt die Alphabetisierung mit 80 Prozent genauso hoch wie in den industrialisierten Ländern des Kontinents. Fast vier Wochen wurde das wirtschaftliche Leben lahmgelegt.



Bolivien: Wie zu Zeiten der Diktatur geht die Polizei jetzt gegen Gewerkschafter vor

stark aufgedrückt. Durchgehend existierten unabhängige Gewerkschaften, in denen nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern und Landarbeiter organisiert sind. Seit den 50er Jahren hat sich die Landbevölkerung an der Arbeiterklasse orientiert und an ihren Kämpfen beteiligt.

Bis Mitte der 80er Jahre waren die Bergarbeiter die unangefochtene Speerspitze der Arbeiterbewegung. Mehrere Generalstreiks pro Jahre – einmal mehr als zwölf! – waren die Regel.

Mit den massiven Angriffen seit Mitte der 80er wurde die Arbeiterbewegung geschwächt. Damals waren fast 70 Prozent der bolivianischen Wirtschaft staatlich, das meiste ist bis heute privatisiert worden. Bolivien war einmal der weltgrößte Zinnexporteur. Die meisten Zinnminen wurden im Zuge des Rohstoffpreisesverfalls geschlossen. Die Bergarbeiter wurden massenhaft auf die Straße gesetzt. Die Arbeiterklasse wurde dadurch nicht nur zahlenmäßig geschwächt, sondern ihrer schwersten Bataillone beraubt. Die Unternehmer hofften, die Arbeiterklasse für immer geschlagen zu haben.

Lehrerstreik

Doch im März provozierte die Ankündigung einer Schulreform und Schulprivatisierungen Demonstrationen und Streiks der Lehrer. Sie bekamen Unter-

Der Generalstreik richtete sich jetzt gegen die gesamten Privatisierungspläne der Regierung, auch höhere Löhne wurden gefordert.

Am 18. 4. wurde das Gewerkschaftsgebäude gestürmt, Aktivisten verhaftet und in entlegenen Gegenden gefangengehalten. Darunter waren vor allem führende Mitglieder der POR (Revolutionäre Arbeiterpartei), einer marxistischen Organisation mit starkem Einfluß in den Gewerkschaften. Durch massiven Protest auch aus dem Ausland sind mittlerweile die Verhafteten freigelassen worden, aber der Ausnahmezustand bleibt bestehen. Die Regierung hofft, Stimmung gegen die Linke und die Gewerkschaften zu schüren, nach dem Motto: „Dies alles verdankt ihr den streikwütigen Gewerkschaften“.

Der Generalstreik ist mit Gewalt niedergeschlagen worden, aber das ist kein großer Sieg für die Regierung. Die Repression zeigt nur ihre Schwäche. Die historische Niederlage der Bergarbeiter ist damit überwunden worden, neue Schichten sind in die Bresche gesprungen und neue Aktivisten haben jetzt Erfahrung mit einer Lebensweise der bolivianischen Gewerkschafter gemacht: „Nimm bei Streiks immer Tabletten gegen Malaria mit. Du weißt nie, wie lange Du im Urwald gefangen gehalten wirst.“

unser standpunkt

Erster Kriegseinsatz der Bundeswehr

Scharping lobt die Regierung, Rühle lobt Scharping. Jeder hat edle Motive für seine Entscheidung, egal ob für oder gegen den Tornado-Einsatz, jeder will nur den Frieden für die Menschen im ehemaligen Jugoslawien.

Doch diese Versöhnungs-Show im Bundestag täuscht nicht über den Beschluß hinweg: Zum erstenmal in der Geschichte der BRD werden deutsche Soldaten an einem Kampfeinsatz im Ausland teilnehmen. ECR-Tornado-Kampfflugzeuge der Bundesluftwaffe sollen im UN-Auftrag gegen serbische Stellungen in Bosnien eingesetzt werden können.

Angeblich sind die deutschen ECR-Tornados unbedingt notwendig. Doch andere NATO-Länder haben ähnliche Flugzeugen, zudem haben die Tornados bei Übungsflügen viele Anfalligkeiten gezeigt.

Das ist der Kohl-Regierung egal. Sie nutzt den Krieg in Bosnien, um nach den Einsätzen von Kambodscha und Somalia die deutsche Bevölkerung weiter an weltweite militärische Einsätze zu gewöhnen.

Dieser Schritt ist diesmal nicht ohne Risiko auch für die Herrschenden in der Bundesrepublik. Kohl, Kinkel und Rühle wissen, wohin sie die Bundeswehr-Soldaten schicken, Kampfhandlungen werden einkalkuliert. Die UN-Truppen schaffen keinen Frieden in Bosnien.

Jedes Eingreifen des westlichen Imperialismus hat im Gegenteil den Konflikt verschärft, eine Ausweitung des Balkan-Krieges ist möglich. Nach dem Wüten der Wehrmacht im II. Weltkrieg vor allem gegen Serben sind deutsche Einheiten in Bosnien eine Provokation gegen Serbien.

Die Möglichkeit, daß diesmal Soldaten in Särgen zurückreisen, ist größer als in Somalia. Das schmeckt unseren Regierungs-Helden nicht, aber sie wissen auch: Wenn die BRD eine eigenständige Rolle gegenüber den imperialistischen Konkurrenten USA, England und Frankreich spielen will, muß die Bundeswehr sich in Bosnien beteiligen.

Alles humanitäre Gesäusel ist verlogen. Der Einsatz in Bosnien treibt die Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Armee voran, die weltweit die Interessen der deutschen Konzerne vertreten soll. Dafür bezahlen sollen die Arbeitnehmer mit ihren Steuergeldern und die Bundeswehr-Soldaten mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben.

Daß SPD und die „pazifistischen“ Grünen daran nur Details kritisieren und im Prinzip mit der Regierung übereinstimmen, zeigt, wie sehr diese Parteien staatstragend geworden sind, zeigt, daß von ihnen keine Alternativen zur Politik der Kohl-Regierung zu erwarten sind.

6. und 8. August 1945: Hiroshima und Nagasaki

„Was hier geschaffen wurde, stellt die größte Leistung der angewandten Wissenschaft in der Geschichte dar.“ (Harry Truman; US-Präsident nach dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima).

Oliver Schulz, Kassel

„Es begann mit einem hellen Blitz. Mit einem mal ist aus Hiroshima ein Trümmerfeld geworden. Haufenweise Schutt, leblose Körper, eine groteske Hülle ... meine Haut war schwarzgebrannt und in Stücke zerrissen. Sie hing herunter und eine Flüssigkeit rann an ihr herab ... Einige befanden sich in einem Todeskampf mit den Schmerzen und waren so erschöpft, daß sie nicht mehr fliehen konnten, sondern nur noch jammern starben. Um vor der Hitze des Feuers zu fliehen, sprangen manche in den Fluß. Aber das Wasser war kochend heiß.“ (Augenzeugenbericht eines jungen Mannes aus Hiroshima, 1,5 km vom Explosionszentrum entfernt)

Am 6. und 8. August 1945 wurden mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 300 000 Menschen ermordet und hunderttausende sowie deren Nachfahren zu einem Leben voller Qual und Siechtum verurteilt.

Wenn diesem grausamen Ereignis offiziell gedacht wird, werden uns die alten Mythen neu erzählt werden: „Der Abwurf der Bombe beendete den 2. Weltkrieg im Pazifik vorzeitig und rettete viele andere Leben“ und ähnlich lauten die Versionen in den Geschichtsbüchern.

Warnung an die Sowjetunion

Die Atombomben wurden zu einem Zeitpunkt eingesetzt, als die japanische Militärmaschinerie bereits zerschlagen war. Die herrschende Klasse der USA, die Regierung und die Militärs kämpften bereits die Schlacht um die Nachkriegsordnung. Der militärische Leiter der US-Nuklearforschung, General Groves, stellte klar, daß es um das Wettrennen der Systeme gegen den offiziellen „Alliierten“ Sowjetunion ging: „Für mich gab es spätestens zwei Wochen nach Übernahme meiner Aufgabe keine Zweifel, daß Rußland unser Feind war.“

Der Abwurf auf Hiroshima diente als amerikanische Demonstration der Macht und der Bereitschaft zum Massenmord gegenüber der Sowjetunion und als Test der neuen Waffe. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der West-Alliierten bestätigte das: „Die Japaner waren bereits geschlagen und zur Kapitulation bereit ... Der Einsatz dieser barbarischen Waffe in Hiroshima und Nagasaki brachte in unserem Krieg gegen Japan keine materielle Unterstützung ...“

Bei dem ersten Abwurf starben 200 000 Menschen auf grausame Weise. 17 andere Zielstädte für Flächenbombardements wurden über Radio vorgewarnt – Hiroshima nicht. Das einzige, was in Hiroshima nicht zerstört wurde, waren militärische Ziele – die gab es dort nicht. Drei Tage später wurde die zweite Atombombe auf Nagasaki abgeworfen. Ergebnis: 70 000 Tote.

Für die herrschende Klasse der USA ging es im Zweiten Weltkrieg nicht um einen „Kreuzzug für die Demokratie“. Sie führten einen imperialistischen Eroberungskrieg um Absatzmärkte und Rohstoffe. In solch einem Krieg waren die 300 000 Opfer der Atombomben die brutale Konsequenz.

„Verteidigung der Demokratie“

Nach dem Einsatz sprachen sich viele Wissenschaftler und sogar führende Politiker für ein internationales Kontrollabkommen unter Einschluss der So-

Die nukleare Bewaffnung der USA wurde von vielen Wissenschaftlern nicht als Mittel zur imperialistischen Aggression gesehen, sondern als Verteidigung gegen Nazi-Deutschland. 1939 machten Albert Einstein und andere Physiker, von denen viele vor dem italienischen und deutschen Faschismus in die USA geflohen waren, den damaligen Präsidenten Roosevelt in einem Brief auf die Möglichkeit der Atombombe aufmerk-

wurde bitter enttäuscht, als er die Überzeugung vieler zum Ausdruck brachte, die USA könnten jetzt auf den Bau der schrecklichen Waffe verzichten: „Ist es nicht herrlich, daß die Deutschen keine Atombombe zustandegebracht haben? Jetzt brauchen wir unsere Bombe auch nicht mehr.“ Sein militärischer Vorgesetzter antwortete: „Wieso, wenn wir diese Waffe haben, werden wir sie natürlich einsetzen.“

Sprengkraft von einer Million Hiroshima-Bomben entspricht.

Die USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China sind offizielle Atomkräfte. Auch in der Ukraine, Weißrußland, Kasachstan sind nukleare Geschosse gelagert, wahrscheinlich verfügen auch Indien, Pakistan, Israel, Brasilien und Südafrika über Nuklearwaffen.

Die Interessen der Industrie machen den Wahnsinn möglich:

Der im Mai unterzeichnete Vertrag der meisten Staaten zur „Kontrolle“ der Atomwaffen wurde unbegrenzt verlängert. Er beinhaltet eine „Absichtserklärung“ für einen weltweiten Testban und die Beendigung der Plutoniumproduktion. Keine seiner Klauseln ist jedoch gesetzlich bindend.

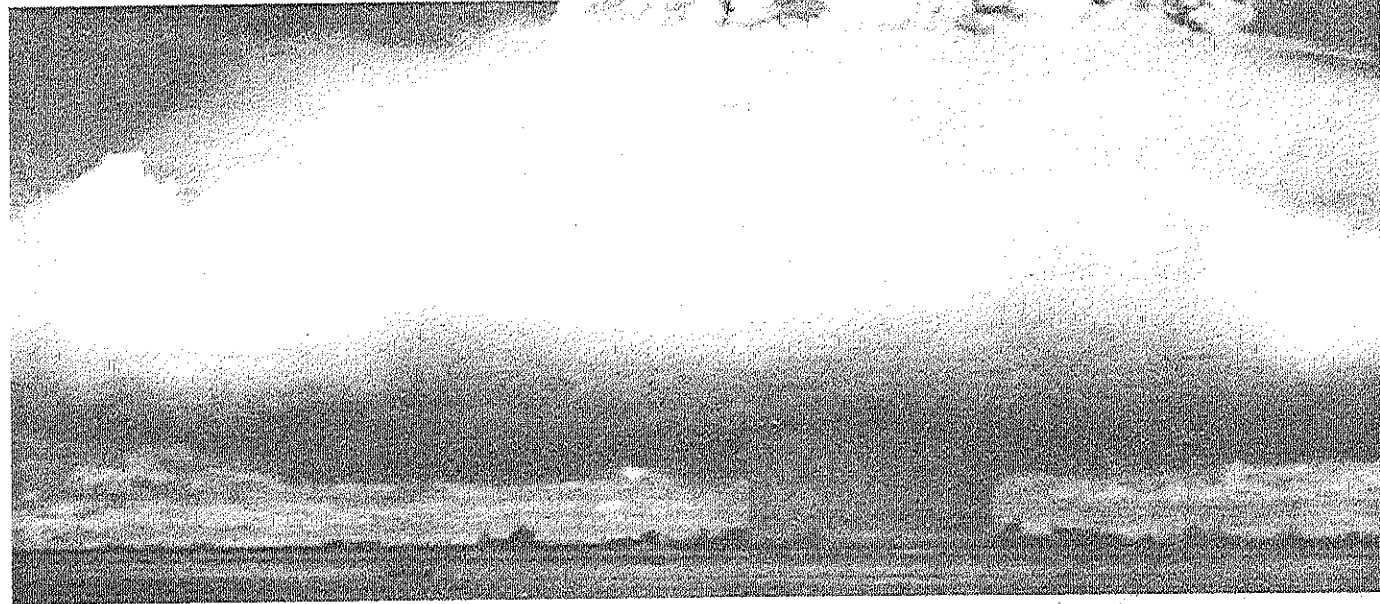
Weder Diktaturen noch die „Demokratien“ schrecken moralisch vor Massenmord zurück, das zeigt der US-Krieg in Vietnam, das zeigt der irakische Giftgas-Einsatz gegen die Kurden, das zeigt die Zerstörung Tschetscheniens durch die russische Armee.

Mit der Verbreitung nuklearer Waffen wächst das Risiko von deren Einsatz. Nicht aus Versehen – Kriege werden von den Herrschenden bewußt geführt. Kriege sind die Fortsetzung der kapitalistischen Konkurrenz auf der Ebene von Staaten.

Für die USA war ein Atomkrieg nicht führbar, sowohl wegen der militärischen Antwort der Sowjetunion als auch den unkalkulierbaren politischen Folgen. Die Kapitalisten hätten damit auch ihre eigene Existenz und Herrschaft gefährdet.

Doch mit der Entwicklung „kleiner“ Nuklearwaffen und der Weiterverbreitung ist das „Gleichgewicht des Schreckens“ aus demselbigen geraten. Bei einer Zuspitzung der sozialen Gegensätze könnten Militärdiktaturen, die zwar im Interesse der Kapitalisten handeln aber wo die direkte Kontrolle eingeschränkt ist, auch nukleare Waffen einsetzen. Rußland als wirtschaftlicher Trümmerhaufen und nuklearer Koloß könnte zukünftig zumindest atomare Erpressung als ein Mittel imperialistischer Außenpolitik einsetzen.

Wirkliche Abrüstung kann es nur geben, wenn das kapitalistische Konkurrenzsystem überwunden wird.



Atomarer Massenmord

wjetunion aus. Doch Truman und das Militär brauchten die neuen Waffen für ihre „rollback“-Politik (Strategie des Zurückdrängens der Sowjetunion). Mit der Atombombe im Hintergrund sollte der Kapitalismus die verlorenen Gebiete Osteuropas und anderer von der Sowjetunion beeinflusster Gebiete zurückgewinnen.

Die Fähigkeit der USA, dem Gegner mit der totalen Vernichtung zu drohen wurde 1949 mit der Entwicklung sowjetischer Nuklearwaffen aufgehoben. Mit der Möglichkeit des Zurück-

sam. Ihre Sorge vor einer solchen Waffe in Hitlers Händen brachte sie dazu, den USA vorzuschlagen, das Wettrennen um die Bombe aufzunehmen.

Bis zum Januar 1945 entstanden in den Wüsten der USA ganze Städte, Fabriken, Forschungseinrichtungen – Codename: „Manhattan District Project“. Hier arbeiteten auf dem Höhepunkt 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur eine Handvoll Menschen kannte jedoch das genaue Ziel des Projekts.

Als sich die Ausgaben im Januar 1945 auf zwei Milliarden Dollar aufgehäuft hatten, machte der militärische Leiter des Projektes, General Groves, deutlich, daß Ergebnisse um jeden Preis erwartet wurde. Er warnte führende Mitarbeiter, wenn das Projekt kein „brauchbares“ Ergebnis bringe, „kann jeder von euch sich darauf einstellen, den Rest seines Lebens vor Ausschüssen des Kongresses auszusagen.“

Der 16. Juli brachte den ersten erfolgreichen Test der Waffe und zeigte den Zynismus der beteiligten Wissenschaftler und Militärs: Der Physiker Fermi bot vor der Explosion Wetten an, ob die Kettenreaktion nicht doch die ganze Erdatmosphäre zerretzen würde.

Mittlerweile war jedoch schon bekannt, daß Deutschland nicht in der Lage war, eine Atombombe zu bauen. Groves versuchte zuerst, die Veröffentlichung dieses Wissens, die im sogenannten Alsos-Bericht enthalten war, zu verhindern. Doch die Ergebnisse drangen durch. Der Chefphysiker der Alsos-Gruppe, Samuel Goudsmith,

Nach dem Abwurf auf Hiroshima bestritt das US-Militär, daß es anhaltende radioaktive Strahlung gäbe. Berichte über die Folgen wurden zensiert, jede japanische Erforschung der Strahlenkrankheit und möglicher Behandlungsmethoden verboten. Bis 1960 hielt die US-Regierung eigene Untersuchungsergebnisse geheim. Bis in die Sechziger Jahre hielten sich Soldaten in der Nähe des Explosionszentrums auf. 500 000 „Atomic veterans“ wurden in Nevada und im Pazifik der tödlichen Strahlung ausgesetzt.

Verharmlosung

Ein 1982 gefundener Geheimbericht belegt, daß 1952 eine Strahlung, dreimal so groß wie die des Harrisburg-Reaktorunfalls, auf Anweisung der Regierung in die Atmosphäre entlassen wurde, um zu testen, wie weit die Strahlung sich verbreitete.

Die Verstrahlung der Bewohner des Bikini-Atolls im Pazifik durch die Atomtests kommentierte der US-Außenminister Kissinger: „Ganze 90 000 Leute leben da draußen, wer schert sich schon darum.“ Obwohl es zu keinem nuklearen Krieg gekommen ist, sind mehrere Millionen Menschen durch Atomtests verkrüppelt und getötet worden.

Kriegsrisiko

Laut Start-Abrüstungsvertrag sollen bis ins Jahr 2003 8000 Atomsprengköpfe abgebaut werden. Das ist ein Bruchteil des Gesamtbestandes, der der

„Die betroffenen Branchen der Wirtschaft, namentlich in den Vereinigten Staaten, zeigen wenig Neigung, sich heute unter dem Banner der Nonproliferation (der Nichtverbreitung von Atomwaffen) ebenso zügeln zu lassen wie ehemals unter dem des ‚Kalten Krieges‘. Man verlangt freien Handel, auch mit militärisch-sensiblen Produkten.“ (Die Zeit, 22. 7. 94). „Wir blicken in eine Zukunft“, bekräftigt ein Stratege der US-Navy, „in der jede größere Macht auf der Welt über Kernwaffen verfügt. Die einzig offene Frage ist, ob sie zündet oder nicht.“

Neue Tests von Atombomben

Der neugewählte französische Präsident Chirac will nach innen und außen die Stärke des französischen Imperialismus demonstrieren: Im südpazifischen Murooa-Atoll sollen mindestens acht Nuklearwaffen gezündet werden. Frankreichs Militär will damit die Nuklearbewaffnung von U-Booten und Flugzeugen testen. Angeblich habe Frankreich technischen Nachholbedarf gegenüber den USA und Rußland. Doch in erster Linie sind Atomtests Muskelspiel zum Beeindrucken von heutigen oder zukünftigen Konkurrenten.

Gerade nach der Kampagne gegen Shell wegen der geplanten Versenkung der Brent-Spar-Bohrinsel ist die öffentliche Empörung groß. In Australien kam es zu wütenden Demonstration vor der französischen Botschaft, ein Konsulat wurde in Brand gesetzt, die Gewerkschaft der australischen Feuerwehrleute hat angekündigt, im Brandfall keine offiziellen französischen Gebäude zu löschen. Auf Tahite, das von atomarer Verseuchung

betroffen ist, haben Tausende Demonstranten eine Volksabstimmung gegen die Tests gefordert, ein Greenpeace-Schiff ist in das Testgebiet unterwegs.

Daß die herrschende Klasse Frankreichs kein Pardon kennt, wenn es um ihre Atomtests geht, hat sie schon bewiesen: 1989 versenkten französische Agenten das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ in einem neuseeländischen Hafen und töteten dabei zwei Menschen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung sollte Solidarität mit den Menschen im Südpazifik und den australischen Gewerkschaften organisieren. Die internationale Transportarbeiterföderation, in der Seeleute und Hafenarbeiter organisiert sind, könnte zum Beispiel sämtliche Dienste für französische Kriegsschiffe verweigern, von der Belieferung mit Proviant bis zu Lotsendiensten oder mit Streik drohen, wenn französische Militärschiffe einen Hafen anlaufen wollen.



Opfer der Bombe auf Hiroshima

schlagens wurde das „Gleichgewicht des Schreckens“ geschaffen. Das nukleare Potential, das in den 60er Jahren mehrfache „Overkill-Kapazität“ erreichte (die Möglichkeit, den Planeten zu pulverisieren), trug auf perverse Weise dazu bei, den Systeme gegenseitig zu stabilisieren und schuf den „Kalten Krieg“.

Protesttag in Bremerhaven



„Bevor der Nazi spricht, rede ich!“

Donnerstag, 22. Juni: Das Stadtparlament, die Versammlung der als „Stadtvertrockneten“ belächelten Politiker tagt. Die sonst gähnend leeren Zuschauerbänke sind mit über 100 Zuhörern besetzt: Hauptsächlich Mieter der kommunalen Wohnungsgesellschaft Stawog, die sich um ihre Wohnungen sorgen.

Ulf Petersen, Bremerhaven

Im Januar hatten SPD- und CDU-Fraktion den Verkauf der Stawog an Miethaie beschlos-

sen, gegen den Widerstand der Mieter. Seitdem hat die SAV zusammen mit der von ihr gegründeten Mieterinitiative unermüdlich Druck gemacht, vor allem auf die verantwortlichen SPD-Politiker. Zur Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni haben wir einen Einwohnerantrag gegen den Verkauf mit 5300 Unterschriften vorgelegt (5000 werden gebraucht).

Wir wußten bereits, daß dieser ignoriert werden sollte. Aber es kam noch härter: Die Protestkundgebung und die Anwesenheit der der meist älteren Mieter

wurde von den Parteien völlig ignoriert! Sie zogen die Verteilung gutbezahlter Magistratsposten durch. Dazu gab es noch eine Selbstbereicherung mit einem „Ehrensold“ (800 DM bis ans Lebensende) für sechs willkürlich ausgesuchte „Stadtälteste“. Selbst die Grünen sagten nichts. Sie hätten die Behandlung des Einwohnerantrags fordern können.

Das haben wir uns nicht gefallen lassen. Als Siegfried Tittmann von der faschistischen DVU das Wort bekam, stand Michael Müller, Spitzenkandi-

dat der SAV für die Wahlen im September, auf: „Bevor der Nazi spricht, rede ich!“ Er konnte dann noch kurz sagen, was für eine Scheindemokratie hier veranstaltet wird, dann wurde er von einem Ordner aus dem Saal gezerrt. Der SPD-Stadtparlamentsvorsitzende versuchte vehement, das Rederecht für den DVU-Nazi durchzusetzen.

Als wir dann nach draußen gingen, um uns von dem Schock zu erholen, wurden wir kurzerhand ausgesperrt. Demokratie für heute beendet!

Jetzt kämpft die SAV darum, eine ständige Vertretung der Ausgesperrten im Parlament zu erreichen. Wir verbinden den Proteste in den Wohnvierteln, in Betrieben und Schulen mit dem Kampf, 5 Prozent der Stimmen für unsere sozialistische Politik zu bekommen. Dann können wir den etablierten Politikern in ihrem bisher recht gemütlichen Parlament auf den Pelz rücken!

Privatisierung ist Diebstahl

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung der SAV Aachen am 6. Juni, zu der 60 Kolleginnen und Kollegen vom Aachener Studentenwerk, der städtischen Verkehrsgesellschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes erschienen.

Georg Lohmeyer, ÖTV-Mitglied, Aachen

In der Diskussion wurde deutlich, daß die Privatisierung eine Methode ist, aus den Kollegen für weniger Geld mehr Leistung herauszupressen. Der steigende Druck führt zur Spaltung unter den Kollegen – der Gesunde wird gegen den Kranken aufgehetzt. „Wenn wir nicht alle gemeinsam kämpfen, gehen wir unter“, brachte es einer der Kollegen auf den Punkt.

Keine Frage war es, woher der Privatisierungsdruck kommt – von den Unternehmern, die hier die Möglichkeit sehen, ohne große Investitionen viel Geld zu scheffeln. „Wir sitzen alle im gleichen Boot“, so der Kollege, „aber die Arbeiter müssen rudern.“

Beim Kampf gegen die Privatisierung müsse man sich vor allem auf die eigene Kraft verlassen. „Der Landtagsabgeordnete Schultheiß von der SPD hat uns vor Jahren gesagt, er hätte uns einen ganzen Koffer voller Planstellen für uns – diesen Koffer hat er bis heute nicht aufgemacht“, so Manfred Engelhardt vom Aachener Studentenwerk.

Vor allem die KollegInnen vom Studentenwerk waren zahlreich vertreten, sie haben schon Erfahrungen mit den Anfängen der Privatisierung gemacht und waren dementsprechend kämpferisch. Bei vielen Aktionen wurden sie auch von der SAV Aachen unterstützt.

Schlecht zu sprechen waren

die Kollegen auf die Gewerkschaftsführung. Der DGB war nie eine kämpferische Organisation, sondern von Anfang an auf Sozialpartnerschaft und Kompromiß ausgerichtet. Jetzt, wo von Seiten der Unternehmer ein scharfer Wind weht, geht die Führung in die Knie, hieß es. Trotzdem sei es keine Alternative, einfach auszutreten. Vielmehr müsse man gemeinsam den Kampf von unten organisieren.



Streik gegen Niedriglöhne bei privaten Buslinien

Insgesamt machte die Veranstaltung deutlich, daß Privatisierung unter den Kollegen im öffentlichen Dienst das Reizthema Nummer eins ist. Die Kollegen sind bereit, für ihre Interessen zu kämpfen – selbst dann, wenn von Gewerkschaften und SPD keine Hilfe zu erwarten ist. Dabei erwarten sie – zumindest hier in Aachen – Unterstützung durch die SAV, in ihren Augen eine Organisation, die sich konsequent für ihre Interessen einsetzt.

Sozialistische Alternative VORAN

Rostock
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Berlin
OG-Süd: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG-Mahrszahn: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, Allee der Kosmonauten 99
OG-West-Nord: freitags 19 Uhr, Ort telefonisch erfragen
Weitere Infos bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremen
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremerhaven
Jeden Montag, 19 Uhr, SAV-Bürgerbüro, Zeppelinstr. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48

Kassel
OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln
Jeweils donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
13. 7. „Ist die Umwelt noch zu retten“, 20. 7. „Schluß mit dem Autowahn – Nulltarif bei Bus und Bahn“, 27. 7. Russi-

sche Revolution 1917, 3. 8. „Folgen der Privatisierung der Post“ (Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Straße)
Infos unter 02 21 / 13 45 04

Aachen
Montag 17. 7. Veranstaltung „Sexismus in der Gesellschaft, der neue 5218“
OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41,
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Krautmühle, Trierer Str. 16
Ab 31. Juli gemeinsame Treffen: Ort und Zeit wie OG Nord
Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85

Siegen
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main
Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart
OG Mitte: jeden Donnerstag, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: jeden Donnerstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heslach (Böblinger Str. 92)
OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord,
Weitere Infos bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Freiburg
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kampffonds

Die SAV finanziert sich nur aus den Beiträgen ihrer Mitglieder und aus dem Geld, das wir auf der Straße sammeln. Das heißt, daß wir es uns nicht leisten können unsere Sammelaktivitäten im Sommer einzuschränken.

Hoiger Dröge

Jetzt im Sommer bieten sich viele Möglichkeiten Geld für den KF zu sammeln. Gerade Konzerte bieten sich bei guter Vorbereitung hierfür an: Aachener und Siegener GenossInnen sammeln zum Beispiel auf dem „Dynamo“ in Eindhoven rund 600 DM für den KF. Bei Konzerten kann man sowohl durch Materialverkauf (Aufnäher und T-Shirts), als auch durch Sammlung mit Unterschriftenlisten Geld einnehmen.

Aber nicht nur Konzerte bieten sich im Sommer an. Es gibt jetzt ein neues Falblatt, das die Aktivitäten der SAV dokumentiert. Mit diesem Falblatt wollen wir Bekannte, Verwandte und politische Freunde ansprechen und sie nach einer regelmäßigen Spende für den Aufbau der SAV fragen. Gerade für unseren Wahlkampf in Bremerhaven sind Spenden wichtig. Für das 2. Quartal 1995 hatten wir uns ein Ziel von 15 000 DM gesetzt. Davon haben wir bisher 9393 DM erhalten. Das ist et-

was mehr als im 1. Quartal. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß es kein Sommerloch gibt.

Spendenkonto:
VORAN
Kto.-Nr. 2500 59-430
Postbank Essen,
BLZ 360 100 43

„Wahlkampf Bremerhaven“

Nach den Wahlen in NRW und Bremen beklagen sich die etablierten Parteien über die schlechte Wahlbeteiligung. Aber ihre Politik bleibt dem Motto: „Weiter so“, treu. Genau das will die SAV-Bremerhaven verhindern und kandidiert deshalb zu der Kommunalwahl in Bremerhaven am 24. September. Sie versteht das Stadtparlament aber nicht als Quatschbude sondern als ein Mittel, um den Kampf gegen Privatisierungen städtischer Wohnungen und Dienstleistungen, gegen Sozialabbau und Werftensterben, zu unterstützen. Zur Finanzierung des Wahlkampfes sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Spenden bitte unter dem Stichwort „Wahlkampf Bremerhaven“ auf das Spendenkonto: Inhaberin Claudia Weigelt, Kto.-Nr. 169 2704, Stadt Sparkasse Bremerhaven, BLZ 292 500 00

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Eigenruck
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04
Telefax: 02 21 / 13 72 80
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon _____

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon _____

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Tarifrunde im Einzelhandel

Kampfwille da, HBV zu „bescheiden“

Bei den Urabstimmungen im Einzelhandel gab es eine sehr große Zustimmung zum Arbeitskampf. In vielen Städten stimmten 98 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten für den Streik. Bemerkenswert ist vor allem die Unterstützung der Kampfmaßnahmen durch unorganisierte KollegInnen. Beim Kaufhof in Kassel sprachen sich auch 86 Prozent von ihnen für den Streik aus.

Doch im Gegensatz zur Kampfbereitschaft der KollegInnen steht der schwache Abschluß von 3,7 Prozent. Damit

wurden die extrem niedrigen Löhne im Einzelhandel nicht verbessert. Die Kompromißbereitschaft der HBV-Führung war auch schon während der Streiks zu beobachten. Statt Mobilisierung von Streikposten wurden die KollegInnen zu Versammlungen abgezogen, statt Aufklärung der Kunden, nicht in bestreikten Läden zu kaufen, wurde oftmals Streikbrechern und der Propaganda der Geschäftsleitungen das Feld überlassen. Viele KollegInnen vor Ort wurden bei der Streikorganisation sich selbst überlassen. So wurden die Möglichkeiten dieser Tarifrunde nicht genutzt.

Streiks in Kassel

Nach einem eintägigen Warnstreik bei Real und einer zweistündigen Arbeitsniederlegung bei Kaufhof wurde auch einer der TOOM-Märkte in Kassel bestreikt. Wie schon beim Streik eine Woche zuvor waren auch diesmal SAV-Mit-

glieder zur Unterstützung der Streikposten vor Ort. daß es wichtig ist, selbst aktiv dabei zu sein. Als die Nachricht kommt, daß die Geschäftsleitung Streikbrecher holt, schlägt die Stimmung um, unser Vorschlag, daß die VerkäuferInnen erst einmal vor dem Betrieb bleiben, wird angenommen.

„Für alleinerziehende Mütter ist der Verdienst einer Verkäuferin im Einzelhandel in der Endstufe mit 3060 DM brutto ganz einfach zu wenig. Seit Anfang des Jahres mit der Einführung des Solidaritätszuschlages und der Pflegeversicherung hat man so und so monatlich weniger, wenn dann keine Lohnerhöhung oder eine sehr geringe Lohnerhöhung dazu kommt, dann reicht es hinten und vorne nicht. Punkt!“

Streikposten vor dem Kaufhof in Kassel

glieder zur Unterstützung der Streikposten vor Ort.

Die Gewerkschaft hatte vorher angekündigt, die Beschäftigten des bestreikten Marktes nicht in die Streikposten einbinden zu wollen. Ihre Begründung: Die Beschäftigten wären nicht streikerfahren, hätten Angst vor der Auseinandersetzung mit den Kunden.

Wir diskutieren mit Gewerkschaftern und Beschäftigten,

Aus Eschwege und Bebra kommen die Autos mit den Streikbrechern. Mit ihrer Hilfe wird der Markt geöffnet. Wir Streikposten versperren die einzigen Zufahrten zum Parkplatz und Eingang. Die Geschäftsleitung bietet vom Marktleitern über Bezirks- und Verkaufsleiter alles auf. Jeder von ihnen hat eine bestimmte Aufgabe. Die einen sollen uns einladen: „Na ja, ihr macht halt euren Job und streikt, wir den unseren. Deswegen können wir doch trotzdem zusammen Kaffee trinken, oder?“. Andere sollen uns einschüchtern, drohen mit Polizei, Anzeigen, machen Fotos von jedem Streikposten und überschütten uns mit Propaganda: „Wir zahlen schon freiwillig 3,4 Prozent und werden trotzdem bestreikt – finden sie das fair?“, „Wieder eine Kundin weggeschickt, das kostet wieder einen Arbeitsplatz.“

Auf die Gegenfrage, was den „freiwilligen Leistungen“ ohne Tarifvertrag wert seien



Bei den Urabstimmungen in einzelnen Kaufhäusern gab es eine große Zustimmung. Die HBV-Führung hat jedoch nachgegeben

und wie er den Arbeitsplatzabbau der letzten Zeit erklären würde, wo es keine „weggeschickte Kunden“ gab, verzichtete sich der Herr Vorgesetzte fluchend.

Verständnis bei Kunden

Neben die Streikposten werden von der Geschäftsleitung jeweils zwei bis drei Marktleiter gestellt, die Kunden auf den Parkplatz lotsen sollen. Dadurch entsteht eine aggressive Stimmung, ein Gewerkschaftssekretär wird prompt von einem Kunden angefahren.

Die meisten Kunden stehen jedoch auf unserer Seite, finden den Streik berechtigt und ignorieren die Herren Leiter. „Streikbrecher, Streik unterlaufen? Nee, das wollen wir nicht.“

KollegInnen von der Post, der Verkehrsgesellschaft und einige Bauarbeiter von der Baustelle nebenan feuern uns an, sogar die Polizei, nach der die Geschäftsleitung ständig ruft, fährt nur vorbei und winkt uns Streikposten zu.

Trotzdem schaffen wir es

„Wenn sich jetzt die Arbeitgeber stur zeigen, mit der Begründung, die Streiks würden Arbeitsplätze gefährden, kann ich nur daran erinnern, daß seit letztes Jahr, nach der Auflösung vom Außenlager, bei Kaufhof Kassel 100 Leute weniger da sind. Und es hat kein Mensch gestreikt. Also, die Begründung, ‚sie riskieren ihre Arbeitsplätze‘, kann ich nur als lächerlich bezeichnen.“

Wenn der Umsatz sinkt, dann müssen die Personalkosten im selben Umfang sinken, damit es sich wieder rentiert. Damit die Aktionäre ein paar Märkerchen mehr kriegen für ihre Aktien. Das, was soll man sagen, macht Wut, macht wirklich Wut! Die Lebenshaltungskosten steigen allgemein und die Herren sitzen im Geschäftszimmer sitzen und nur ihre Personalkostenstatistik angucken und die Umsatzentwicklung, machen einen Federstrich und es sind wieder zehn gegangen.“

Streikposten vor dem Kaufhof in Kassel

nicht, alle Kunden vom Einkauf abzuhalten: Die Streikposten sind viel zu schwach besetzt, da die Beschäftigten schließlich doch zum Gewerkschaftshaus gefahren wurden.

Erst als auf unsere Anregung hin IGMetaller zur Unterstützung geholt werden, schaffen wir es mit Hilfe von KollegInnen und kämpferischen Betriebsräten von Mercedes den

Parkplatz abzusperren.

Fazit: Die Stimmung bei den Beschäftigten war sehr gut, sie wissen, wofür sie kämpfen und daß sie im Recht sind. Aber ein bißchen mehr Unterstützung und Anleitung von der HBV würde nicht schaden.

Helgard Schulze, IGM-Mitglied, Kassel

Wer klaut bei IBM?

„In den letzten Monaten ist immer öfter IBM-Eigentum ... abhanden gekommen beziehungsweise nicht mehr auffindbar ... Durch die Diebstähle ... entsteht ein erheblicher Schaden, den IBM nicht weiter hinnehmen kann.“ Das war die Kernaussage eines Briefes, den IBM-Chef Hug per elektronischer Hauspost an die 19 000 IBM-Beschäftigten verschickte. Daß KollegInnen diesem Vorwurf widersprechen und sich dazu auch noch der elektronischen Post bedienen war nicht vorgesehen.

Das Hamburger IGM- und Gesamtbetriebsratsmitglied Walter von Lampe bezahlte dafür mit Hausverbot und dem Versuch der fristlosen Kündigung. Walter von Lampe stimmte in einem Schreiben an alle IBMler zu, daß Diebstahl bekämpft werden müsse. Dazu gehöre aber auch Diebstahl der Konzernleitung: „In den letzten Monaten sind jedoch immer öfter

auch eigentumsähnliche Ansprüche der IBM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Tarifierhöhungen, Sonderzahlungen, Kostenerstattungen und Kündigungsschutz oder Teile davon abhanden gekommen beziehungsweise nicht mehr auffindbar. Dies werden die IBMler nicht dulden, denn hier wird gegen Gesetze und arbeitsvertragliche Pflichten verstoßen. Es ist auch nicht zulässig, die 36-Stunden-Woche zu demonstrieren, um den Unternehmensgewinn zu erhöhen.“

Die IGM-Betriebsräte der verschiedenen Unternehmensbereiche haben sich mit ihrem Kollegen solidarisiert. Selbst der von der DAG dominierte Gesamtbetriebsrat kam nicht umhin, der Kündigung zu widersprechen. Im August kommt es zur Gerichtsverhandlung. Der Versuch von IBM einen weiteren Schritt in Richtung amerikanischer Verhältnisse zu machen, scheint zu scheitern.

PRIVATISIERUNG

Neues von Piraten und Profithaien

Private Entsorger – Umweltverbrecher

Montag, 22.5.95, Großbrand in Euskirchen, NRW. Tonnen von Plastikschratt verbrennen zu schwarzen Rauchwolken, Salzsäure, Blausäure und Chlor. Die Stadtverwaltung hatte einem privaten Recyclingunternehmer eine Halle vermietet. Bald lagerten auch Riesenhalben Plastikmüll vor der Halle – illegal. Die Stadt fordert mehrmals den Abtransport. Nichts passiert. Schließlich droht die Verwaltung mit dem Abtransport auf Kosten des Unternehmers, wenn der Müll am 23. 5. nicht verschwunden sei. Welch ein Zufall, daß einen Tag vor Ablauf dieser Frist, der ganze Mist verbrennt und dem privaten Recycler auch noch die 50 000 Mark Abtransportkosten erspart blieben.

Professoren im Dienste der Privatisierer

Wirtschaftliche Betätigung des Staates läßt sich nicht mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbaren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie vom Professor für Verwaltungsrecht, Herbert von Arnim. Endlich erhalten die Profithaien und Privatisierungsbefürworter die juristische Absicherung für ihren Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Ein wirtschaftlich tätiger Staat beeinträchtigt das angeblich im Grundgesetz verankerte Grundrecht nach privater Konkurrenz.

Die gewinnbringende Betätigung von Kommunen (Beispiel Energieversorgung) hält der Professor für schlicht unzulässig. Auch die Haushaltsordnung von Bund und Ländern und die Gemeindeordnung interpretiert der schlaue Professor zugunsten der Privatisierer.

Die deutsche Gemeindeordnung wurzelt nämlich in der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 (!), die wirtschaftliche Tätigkeit nur dann erlaubt, wenn der öffentliche Zweck es rechtfertigt. Diese Verordnung der Nazis richtete ich damals gegen die in den 20er Jahren entstandenen gemeindeeigenen Brauereien, Bäckereien und Banken. Wer jetzt noch nicht davon überzeugt ist, daß Privatisierung das Gebot unserer Gesetzgebung ist, den verweise unser Professor noch auf §1 des Wettbewerbsrechts, der sittenwidrige Handlungen im Wettbewerb verbietet.

Ein kürzlich gefallenes Urteil des Bundesgerichtshofes sei zu verallgemeinern. Die Abgabe von Brillen direkt durch die Krankenkassen wurde verboten, weil dadurch der Wettbewerb ausgeschaltet werde und die Zunft der Optiker geschädigt werde. Und natürlich werden durch die öffentliche Abgabe von Strom, Krankenhausbetten, Fahrkarten, allerlei Eintrittskarten und Dienstleistungen Profithai-Interessen beeinträchtigt. Dank unseres schlaunen Professors wissen wir jetzt, daß das sittenwidrig ist. Wie sagte doch Karl Marx: „Die Wissenschaft ist eine Hure im Bett der Kapitalisten.“

Das Märchen von den Ersatzarbeitsplätzen

Ein Faktor, der die Bischofferöder Kali-Kumpel Januar 1994 dazu brachte, ihren Kampf zur Verteidigung ihres Werkes einzustellen, war das Versprechen, Ersatzarbeitsplätze würden geschaffen. Die vollmundigen Sprüche der thüringischen Landesregierung erweisen sich jetzt als handfeste Lügen. Zum Jahresende stellt die Gesellschaft zur Verwertung und Verwahrung stillgelegter Bergwerke (GVV) ihren Betrieb ein und erläßt die übrigen 360 Kali-Arbeiter. Für diese gibt es keine festen Jobs, nur „befristete Arbeitsverhältnisse in einer Beschäftigungsgesellschaft“. Aber – so Thüringens Wirtschaftsminister Schuster – man hoffe, im Norden des Bundeslandes würden Arbeitsplätze entstehen. Außerdem sei für die Vermittlung von Arbeitsplatzangeboten nicht die Landesregierung, sondern die Arbeitsverwaltung zuständig.

Schuster schob dem Bischofferöder Bürgermeister den Schwarzen Peter zu. Dieser würde das Gewerbegebiet Bischofferode nicht

starten. Daß der Kommune dazu die Eigenmittel fehlen und die Kommunalaufsicht die Sache nicht genehmigen will, stört den Minister nicht. Im ganzen Land würden Erschließungsvorhaben durchgeführt, ohne daß die Genehmigung vorläge. Leider war er es selbst, der die vollständige Klärung der Finanzierung verlangte!

Abgesehen davon ist das Gewerbegebiet Bischofferode ein Luftschloß. Nur kleine Handwerksbetriebe haben ein Interesse an der Ansiedlung. Für die ehemaligen Kali-Arbeiter wird es keine neuen Arbeitsplätze geben. Das Versprechen diente nur als Mittel, sie zum Abbruch des Kampfes zu bringen, ihre Gegenwehr zu schwächen und sie zu vereinzeln. Das ist eine ernste Warnung für andere Belegschaften, denen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze „schmackhaft“ gemacht wird.



VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 172 Juli/August 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Gemeinsam



Mietwucher!

Ab August werden die Mieten in Ostdeutschland um bis zu 15 Prozent erhöht. „Da ist nichts mehr zu machen. Das Kind ist in den Brunnen gefallen“, meinte eine Mieterin bei der Gründung der Mieterinitiative Treptow. Richtig ist: Die SPD-Fraktion hat im Bundestag geschlossen für die Mieterhöhung in Ostdeutschland gestimmt. Richtig ist: Die PDS greift zwar den Unmut auf, nutzt aber nicht Apparat, Mitgliedschaft und Anhängerschaft, um den

Unmut in Widerstand zu verwandeln. Falsch ist: „Es ist alles zu spät.“

Aron Amm, Berlin

„Es ist nie zu spät. Ich bin erst aktiv geworden, als alles 'zu spät' war“, so Rotte von der Obdachloseninitiative „platte“. „Ich bin erst aktiv geworden, als ich kein Dach mehr über dem Kopf hatte. Als wir die 'platte' gründeten, waren wir vier, jetzt sind wir dreihundert.“

Heute gibt es in Berlin 40 000 Menschen ohne Wohnung. Wei-

tere Zehntausende sind davon bedroht. 10 Prozent aller Berliner Haushalte sind – vor der Mieterhöhung – zahlungsunfähig. Bei den 15 Prozent Mieterhöhung bleibt es nicht. Dazu kommen Modernisierungen (3 DM/m²) und weitere Mieterhöhungen, angefangen mit einer Erhöhung um 5 Prozent ab 1997.

Dazu kommt eine Erhöhung der „zweiten Miete“ – die Mietnebenkosten: Müll, Abwasser, Straßenreinigung. Laut Wohnungsnotminister Töpfer droht ein Anstieg der Müllgebühren um 300 Prozent.

Massenhafter Einspruch

Die Mieterhöhung wurde erst einmal nicht verhindert. Jetzt müssen Wuchermieten, Privatisierungen und drohende Räumungen verhindert werden. Da hilft keine Beratung. Da helfen nur Mieterinitiativen. Um die Eintreibung der Mieterhöhungen zu verhindern, müssen wir einen massenhaften Mieterhöhungsboykott erreichen. Der Boykott muß organisiert wer-

den. Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust.

Der erste Schritt: Einspruch. Wenn mindestens drei von fünf Wohnkriterien (Treppenhaus, Fassade usw.) „erhebliche Schäden“ (z. B. defekter Lichtschalter im Treppenhaus) aufweisen, kann gegen die Mieterhöhung Einspruch eingelegt werden. Die Beteiligung an diesem Einspruch könnte ein Gradmesser für die Beteiligung an einem späteren Erhöhungsboykott sein. Laut Mieterbund ist jeder vierte Mietbescheid falsch. Achtung: Wer zweimal seine neue Miete zahlt, gibt seine Zustimmung!

Tausende von „kleinen Fischen“ sind stärker als ein paar Miethäie. Die Mieterinitiativen müssen flächendeckend vernetzt werden. Dennoch dürfen PDS und Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Sie sind neben den Mieterinitiativen die Kraft, die einen erfolgreichen Zahlungsboykott gegen die Mieterhöhung auf die Beine stellen könnten.

Mieterinitiative gegründet

„Erst die Arbeit weg, dann die Wohnung“

„Bitte entfernen Sie Ihre Plakate. Sie hetzen die Mieter auf. Sie sorgen dafür, daß die Mieter rebellieren“, mit dieser begründeten Sorge meldete sich die Vorsitzende der Wohnungsbaugenossenschaft Schöneweide im Berliner SAV-Büro, nachdem wir zur Gründung einer Mieterinitiative in Treptow-Schöneweide aufgerufen hatten.

Mit 300 Plakaten und 3000 Flugblättern hatten wir für die Gründung der Mieterinitiative mobilisiert. 40 Leute, vorwiegend Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose kamen – mit ihren Problemen: „Bei der Mieterhöhung bleibt es nicht. Wenn auch noch modernisiert wird, kann ich mir meine Wohnung nicht mehr leisten.“ „Wir wohnen seit 40 Jahren hier, 15 Prozent mehr Miete und wir müssen wegziehen.“ „In Johannistal soll 1997 unsere ganze Straße privatisiert werden, auf einen Schlag alle Häuser.“

„Es ist doch alles zu spät. Wir hätten 1992 dranbleiben sollen, als die großen Mieterdemos waren und die 'Wir-bleiben-alle'-Initiativen (WBA) gebildet wurden. Erst haben sie uns die Arbeit weggenommen, jetzt nehmen sie uns die Wohnung weg.“

„Es ist nicht zu spät. Diese

Mieterinitiative ist ein Anfang. Heute sind genauso viele Leute hierher gekommen wie letzten Herbst vor den Wahlen, als die Spitzenkandidaten der Parteien hier waren“, so SAV-Mitglied Björn Speidel. „Unsere Aufgabe ist jetzt, die Mieterinitiativen aufzubauen, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße, von Stadtteil zu Stadtteil“, meinte Horst, mit 70 Jahren unser ältestes Mitglied.



In den nächsten Wochen wollen wir es schaffen, daß in jedem Fenster ein Plakat gegen Mieterhöhungen hängt, möglichst viele Einspruch gegen die Erhöhungen einlegen und Druck auf die PDS ausüben.

Der SAVler Jens, der wegen seiner Arbeit auf dem Bau später zur Initiative kam, traf an der Haltestelle zwei MieterInnen, die von der Veranstaltung kamen: „Endlich mal Leute, die aufstehen und kämpfen“, meinten sie.

Gegen Miethäie und Spekulanten

Während wir immer mehr Geld für die Mieten ausgeben müssen, verdienen sich Spekulanten, Bauunternehmer und die Banken eine goldene Nase. Wohnen darf kein Luxus sein, jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige und bezahlbare Wohnung.

Wir brauchen ein staatliches Wohnungsbauprogramm, das 1 Millionen Wohnungen im Jahr schafft, bis die Wohnungsnot beseitigt ist. Das Geld dafür ist vorhanden. Die Banken haben in den letzten Jahren Rekordgewinne eingefahren. Allein die Deutsche Bank schloß 1994 mit einem Betriebsergebnis von 4 Milliarden DM ab, das drittbeste in ihrer Geschichte. Wenn Banken und Baulöwen nicht bereit sind, das Geld für die Beseitigung von Wohnungsnot und Horrormieten rauszurücken, gehören sie enteignet und unter die demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung gestellt.

- ★ Nein zum Vergleichmietensystem in Ost und West
- ★ Sofortiger Mietestopp! Begrenzung der Miete auf 10 Prozent des Nettoeinkommens im Osten und 20 Prozent im Westen
- ★ Offenlegung aller realen Wohnkosten
- ★ Streichung aller DDR-„Altschulden“
- ★ Statt Luxussanierung Modernisierung bei Beibehaltung der vorherigen Miethöhe und unter Einbeziehung der Mieter
- ★ Keine Privatisierung von Wohnraum und von Wohnungsgesellschaften
- ★ Grund und Boden in Bebauungsgebieten muß Gemeineigentum sein, um damit Spekulationen den Boden zu entziehen
- ★ Massives staatliches Wohnungsbauprogramm unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung und Schaffung von 1 Million Wohnungen im Jahr, bis die Wohnungsnot beseitigt ist
- ★ Verstaatlichung aller Banken, um das Wohnungsbauprogramm zu finanzieren

